

Freie Hansestadt Bremen



**Der Senator für
Wirtschaft und Häfen**

ZIEL 2 (2000 - 2006)

Jährlicher Durchführungsbericht
für das Jahr 2002

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

CCI: 2000 DE 16 2 DO 009

K(2001) 774

Bremen, Juni 2003

Der Senator für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen
Zweite Schlachtpforte 3
D-28195 Bremen

Sven Wiebe
T.: ++49 421 361-8620
Fax: ++49 421 361-8810
Sven.Wiebe@wuh.bremen.de

Thomas Schwender
T.: ++49 421 361-2574
Fax: ++49 421 361-8810
Thomas.Schwender@wuh.bremen.de

Ulrike Krumsee-Budde
T.: ++49 421 361-8443
Fax: ++49 421 361-8810
Ulrike.Krumsee-Budde@wuh.bremen.de

Inhalt	Seite
Einleitung	1
A. Programmkontext	2
A.1 Sozioökonomische Entwicklungen	2
A.2 Kohärenz der einzelnen Fonds untereinander sowie mit den Interventionen der sonstigen Finanzinstrumente (insbes. Integration mit Ziel 3)	10
B. Stand der Durchführung der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen	14
B.1 Beschreibung der Maßnahmen und Projekte inklusive Analyse der Indikatoren sowie Vergleich der erreichten Ergebnisse mit der Ex-ante Evaluierung	14
B.2 Beschreibung der Operationen unter Artikel 28 (3) der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999	38
B.3 Realisierung der Ziele der Querschnittsthemen	39
C. Stand der finanziellen Abwicklung	43
C.1 Finanzielle Abwicklung mit besonderer Bezugnahme auf die vereinbarten finanziellen Indikatoren und ihre Umsetzung	44
C.2 Übersicht über die von der Zahlstelle tatsächlich bescheinigten Ausgaben und die von der KOM empfangenen Zahlungen nach Maßnahmen	44
C.3 Vergleich der Vorausschätzungen der Zahlungsanträge mit dem tatsächlichen Mittelabfluss	45
D. Abwicklung und Begleitung des Programms, Sicherung der Qualität und Effizienz	46
D.1 Beschreibung des Begleitsystems, der Bewertung und Finanzkontrolle einschl. der Vorkehrungen für die Datenerfassung (kurzer Sachstandsbericht einschl. Angaben zur Partnerschaft sowie zur Tätigkeit des Begleitausschusses)	46
D.2 Probleme und Lösungen bei der Begleitung und Verwaltung der Intervention	51
D.3 Unregelmäßigkeiten	52
D.4 Inanspruchnahme der Technischen Hilfe	52
D.5 Programmanpassungen	52
D.6 Indikatoren zur Zuweisung der leistungsgebundenen Reserve	53
D.7 Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Information und Publizität	58
E. Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der anderen Gemeinschaftspolitiken einschl. Angaben zum integrierten Einsatz der Fonds	59
F. Stand der Durchführung und der finanziellen Abwicklung von Großprojekten	61
Anhang 1: Finanztabelle für den jährlichen Durchführungsbericht	62
Anhang 2: Finanztabelle Mittelbindung und Auszahlungsstand	63

Einleitung

Gemäß Artikel 37 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 wird hiermit der Jährliche Durchführungsbericht für das Jahr 2002 für das Ziel-2-Programm 2000 – 2006 des Landes Bremen vorgelegt.

Mit Entscheidung der Kommission K (2000) 310 vom 9. Februar 2000 wurden Teile der Stadt Bremen mit rund 217.000 Einwohnern und die Stadt Bremerhaven mit rund 127.000 Einwohnern als Fördergebiete nach dem Ziel 2 der Strukturfonds gemäß Artikel 4 Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 für den Zeitraum vom 01.01.2000 bis 31.12.2006 anerkannt.

Mit Entscheidung K (2001) 774 vom 22. März 2001 genehmigte die Europäische Kommission das Bremer Ziel-2-Programm. Das Bremer Ziel-2-Programm 2000 – 2006 wurde als „Mono-Fonds-Programm“ konzipiert, d.h., es wird allein aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mit 113.034.000 Euro finanziert. Inklusive Komplementärfinanzierung sind insgesamt öffentliche Ausgaben in Höhe von 226.068.000 Euro vorgesehen.

Der Beginn der Förderfähigkeit der Ausgaben wurde auf den 1. Januar 2000 festgelegt, bis zum 31.12.2008 können Ausgaben getätigt werden.

Am 19.06.2002 wurde das Ziel-2-Programm mit Entscheidung K (2002) 1656 geändert: eine weitere Beihilferegelung wurde für das Programm aufgenommen (s. D.5 und E). Die Änderung erfolgte nach Beschlussfassung im Regionalen Begleitausschuss.

Trotz der Konzipierung als Monofonds-Programm ist eine enge Abstimmung mit der Arbeitsmarktpolitik des Landes Bremen gewährleistet. 18 % des gesamten Mittelvolumens werden durch den Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales verwaltet und dienen der investiven Unterstützung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (siehe ausführlicher A.2).

Gleichzeitig erfolgt über die ESF-finanzierte Ziel-3-Förderung eine entsprechende arbeitsmarktpolitische Flankierung der im Rahmen des Ziel-2-Programms festgelegten regionalwirtschaftlichen Prioritäten.

A. Programmkontext

A 1. Sozioökonomische Entwicklungen

Ein Vergleich der aktuellen Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Jahres 2002 in Bremen mit der Entwicklung bis an den Rand der 90er Jahre zeigt zweierlei: Einerseits haben gerade die 90er Jahre und hier insbesondere deren erste Hälfte zu erheblichen Strukturbrüchen der bremischen Wirtschaft geführt, zu deren Kompensation das Land auch langfristig noch auf Strukturhilfen angewiesen sein wird. Andererseits deuten die jüngsten Entwicklungen an, dass die strukturpolitischen Maßnahmen des Landes Bremen anfangen zu greifen und die bremische Wirtschaft sich insgesamt resistenter gegen den konjunkturellen Abwärtstrend zeigt.

Im Land Bremen konnte im Jahr 2002 ein realer Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von +0,9 % gegenüber dem Jahr 2001 ermittelt werden. Das Wirtschaftswachstum übertraf damit die Wachstumsrate für Deutschland insgesamt (0,2 %). Bremens Wirtschaftswachstum blieb nur wenig hinter der Vorjahresentwicklung (+1,2%) und belegte hinter Saarland und Rheinland-Pfalz den dritten Rang unter den deutschen Bundesländern (Tabelle 1).

Seit Mitte der 90er Jahre hat das Land Bremen Anschluss an die bundesweite Wachstumsentwicklung gefunden; in den letzten drei Jahren wurde sogar die BIP-Entwicklung in den westlichen Bundesländern übertroffen, so dass erste Beiträge zur Schließung der in den 80er und frühen 90er Jahre eingetretenen Wachstumslücke erreicht wurden.

Tabelle 1: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Zahl der Erwerbstätigen nach Bundesländern 2002 / 2001

Land	Veränderung zum Vorjahr (%)			
	BIP (real)	Rang	Erwerbstätige	Rang
Baden-Württemberg	0,0	12	-0,1	1
Bayern	0,5	5	-0,2	3
Berlin	-0,7	16	-1,3	12
Brandenburg	-0,2	14	-2,3	16
Bremen	0,9	3	-0,5	6
Hamburg	0,4	7	-0,7	7
Hessen	0,3	8	-0,4	5
Mecklenburg-Vorpommern	0,2	9	-1,7	13
Niedersachsen	0,2	9	-0,2	3
Nordrhein-Westfalen	-0,3	15	-0,7	7
Rheinland-Pfalz	1,0	2	-0,1	1
Saarland	1,2	1	-1,2	10
Sachsen	0,1	11	-1,2	10
Sachsen-Anhalt	0,5	5	-1,8	14
Schleswig-Holstein	0,7	4	-0,8	9
Thüringen	0,0	12	-2,2	15
alte Bundesländer (ohne Berlin)	0,2		-0,4	
Deutschland	0,2		-0,6	

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Vorläufige Berechnungen des AK „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ und des AK „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

Im Land Bremen gingen zwischen 1995 und 1999 etwa 9.500 Arbeitsplätze verloren. Dies waren etwa 2,5% aller Arbeitsplätze. Nach Wirtschaftsabteilungen war der Beschäftigungsrückgang in diesem Zeitraum am deutlichsten im Verarbeitenden Gewerbe ausgeprägt (rd. -9.600 oder fast -12%), während Beschäftigungsgewinne bei den Dienstleistungen (+3.500) zu verzeichnen waren. Innerhalb der Dienstleistungen gab es einen Arbeitsplatzabbau bei den Verkehrsdienstleistungen, dem stand jedoch eine starke Expansion der Unternehmensdienstleistungen mit ca. 7.500 zusätzlichen Arbeitsplätzen gegenüber. Gleichwohl konnten die Beschäftigungsgewinne in den Dienstleistungsbereichen die Verluste im verarbeitenden Gewerbe in der zweiten Hälfte der 90er Jahre nicht kompensieren.

Dieser Trend fast alljährlich sinkender Erwerbstätigenzahlen wurde erstmals im Jahre 2000 durch einen kräftigen Beschäftigungsanstieg von 7.600 Erwerbstätigen (+2,0%) durchbrochen. Auch im Jahr 2001 hielt diese positive Entwicklung mit einem Zuwachs von 2.000 Arbeitsplätzen an (+0,8%). Im Vergleich dazu stieg die Beschäftigung in Deutschland um 0,4%.

Das insgesamt abgeschwächte Wirtschaftswachstum im Jahr 2002 reichte allerdings nicht mehr aus, den Beschäftigungsanstieg der letzten Jahre fortzusetzen. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung ging die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen bundesweit sowie in den zehn westlichen Bundesländern um 0,6% bzw. 0,4% zurück (Tabelle 1). Das Land Bremen (-0,5%) ordnete sich wie im Vorjahr dazwischen ein und belegte hinter den süddeutschen Ländern und Niedersachsen den 5. Platz.

Die leicht rückläufige Beschäftigungsentwicklung geht mit einem fortgesetzten Strukturwandel einher, der durch eine weitere Stärkung des Dienstleistungssektors im engeren Sinn und anhaltende Verluste des Produzierenden Gewerbes, aber auch der traditionellen Dienstleistungsbereiche gekennzeichnet ist (Tabelle 2). Dabei konnten die Beschäftigungsverluste im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe, im Bereich Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung sowie in der öffentlichen Verwaltung in Höhe von insgesamt 4.400 Arbeitsplätzen - anders als im Vorjahr - durch den Beschäftigungsanstieg bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen, im Gesundheitswesen, in sonstigen Dienstleistungsbranchen sowie im Gastgewerbe in Höhe von 2.600 Arbeitsplätzen nur etwa zur Hälfte kompensiert werden.

Tabelle 2: Sektorale Beschäftigungsentwicklung im Land Bremen

Erwerbstätigenzahl 2002 und Veränderung zu 2001		
Landwirtschaft, Fischerei, Energie- und Wasserversorgung	3 800	-4,4 %
Verarbeitendes Gewerbe	71 400	-1,2 %
Baugewerbe	17 800	-3,8 %
Handel, Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	66 200	-1,2 %
Gastgewerbe	16 300	2,0 %
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	38 600	-1,8 %
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	10 800	-1,2 %
Unternehmensdienstleistungen, Grundstückswesen, Vermietung	53 600	1,9 %
Öffentliche Verwaltung	25 300	-2,3 %
Erziehung und Unterricht	18 600	-2,2 %
Gesundheits- u. Sozialwesen	40 200	2,5 %
Sonstige Dienstleistungen, private Haushalte	26 400	1,1 %
Gesamtwirtschaft	389 100	-0,5 %

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

Im Land Bremen hat der produzierende Sektor von 1991 bis 2002 mehr als 28.000 Arbeitsplätze eingebüßt; sein Anteil an der Gesamtwirtschaft verringerte sich dadurch um 6%-Punkte auf rd. 24%. In den traditionellen Dienstleistungsbranchen Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Kredit/Versicherung sowie öffentliche Verwaltung und Erziehung sind 22.000 Arbeitsplätze verloren gegangen, sodass ihr Beschäftigungsanteil um 3,5%-Punkte auf rd. 45% gesunken ist. Gewinner der Entwicklung waren die Dienstleistungen für Unternehmen und das Gesundheitswesen, deren insgesamt 24.000 zusätzliche Arbeitsplätze den Beschäftigungsanteil von 21% im Jahr 1991 auf rd. 31% in 2002 steigen ließ.

Neben den quantitativen Aspekten ist in einer Langfristbetrachtung von besonderer Bedeutung, dass es bei der bremischen Beschäftigung aufgrund der Expansion der

unternehmensnahen Dienstleistungen zu einer Angleichung an das sektorale Entwicklungsmuster der bundesweiten Erwerbstätigenentwicklung kommt.

Bei einer differenzierten Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung nach Männern und Frauen zeigt sich, dass der Anteil der Frauenbeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung über den gesamten Zeitraum der 90er Jahre bis an den aktuellen Rand stetig gestiegen ist. Gleichzeitig verringerte sich der Anteil der männlichen Beschäftigten. Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Frauen in Bremen (Land Bremen, Stadt Bremen und Bremerhaven).

Tabelle 3: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen

Jahr	Land Bremen		Stadt Bremen		Stadt Bremerhaven	
	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller
1991*	123.329	39,6	100.683	39,2	22.276	41,5
1995*	121.044	41,2	99.798	40,8	21.246	43,5
2002*	120.451	42,3	100.661	41,8	19.790	44,9

*Jeweils am 30.06. d.J.

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, ANBA (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit), Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Allerdings handelt es sich lediglich um einen relativen Beschäftigungszuwachs bei den Frauen. Absolut ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Frauen im Land Bremen im Betrachtungszeitraum und fast 2.000 zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigten Frauen in beiden Städten des Landes gestiegen, wodurch sich der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen an allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen recht deutlich um über vier %-Punkte erhöhte. D.h. der relative Beschäftigungszuwachs bei den Frauen ist in Bremen in besonderer Weise auf eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Tabelle 4 zeigt diese Entwicklung auf, allerdings wegen der Datenverfügbarkeit nur bis zum Jahr 2001.

Tabelle 4: Sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigte Frauen

Jahr	Land Bremen		Stadt Bremen		Stadt Bremerhaven	
	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller
1991*	35.359	28,7	29.023	28,8	6.336	28,4
1995*	36.479	30,1	29.988	30,0	6.491	30,6
2001*	39.753	32,9	33.334	33,1	6.419	32,0

* Jeweils am 30.06. d.J.

Quelle: Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Die Arbeitslosigkeit im Land Bremen nahm in 2002 gegenüber dem Vorjahr um 1,7% zu (Deutschland: +5,4%), die Arbeitslosenquote¹ lag mit jahresdurchschnittlich 13,7% (Deutschland: 10,8%) weiterhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt (Tabelle 5). Damit waren im Land Bremen im Jahresdurchschnitt 2002 über 40.000 Menschen arbeitslos gemeldet. Nach wie vor ist die Situation insbesondere in Bremerhaven mit einer Arbeitslosenquote von 18,4% besonders negativ.

Tabelle 5: Arbeitslosigkeit im Land Bremen und Deutschland 2002

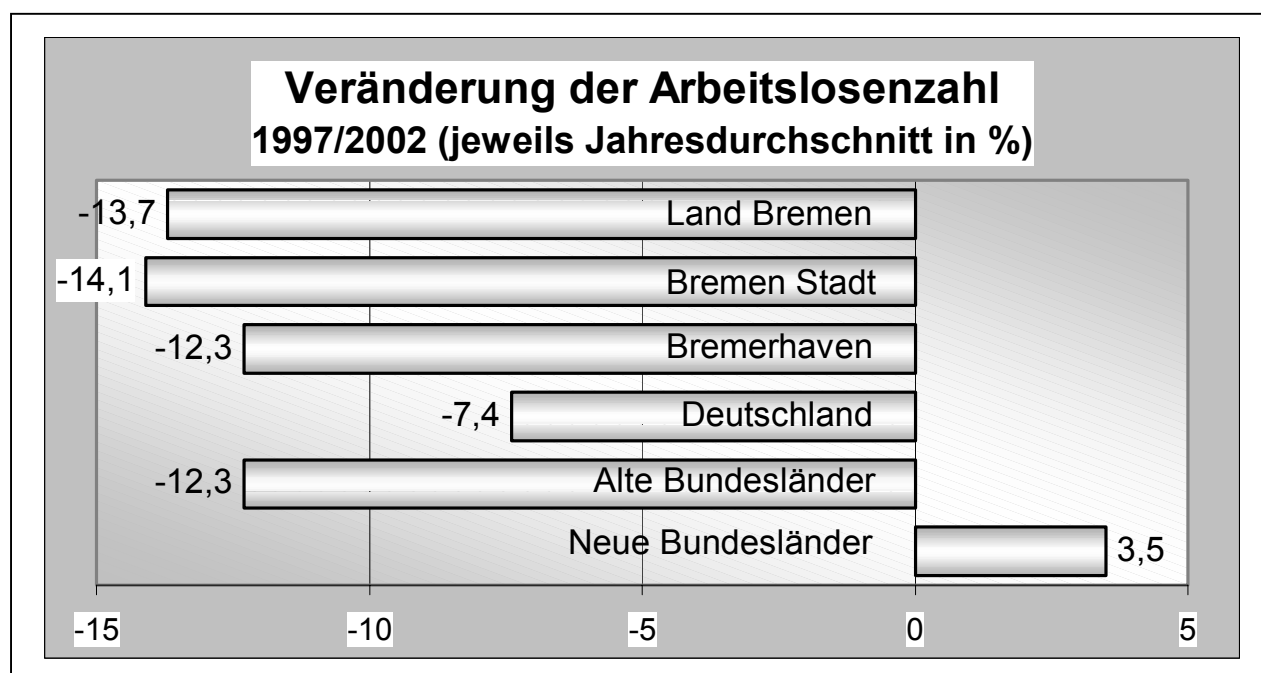
	Land Bremen	Stadt Bremen	Stadt Bremerhaven	Deutschland
Insgesamt	40.532	30.878	9.654	4.060.317
Männer	24.464	18.477	5.987	2.239.405
Frauen	16.068	12.402	3.667	1.820.912
Veränderung gegenüber Vorjahr				
Insgesamt	681	403	278	208.681
in %	1,7	1,3	3,0	5,4
Arbeitslosenquoten				
alle zivilen Erwerbspersonen	12,6	11,6	17,0	9,8
abhängige zivile Erwerbspersonen	13,7	12,7	18,4	10,8
darunter Männer	15,5	14,3	21,0	11,3
darunter Frauen	11,6	10,9	15,3	10,3

Quelle: Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen

¹ Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Die Arbeitslosenquote im Land Bremen stieg von 1991 bis 1997 stetig auf 16,8% an und koppelte sich damit von der gesamtdeutschen Entwicklung ab. Ein besonders starker Anstieg war dabei zwischen 1995 und 1997 (von 14,0 auf 16,8%) zu verzeichnen. Die dauerhaft überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit ist u.a. Folge des Rückgangs der Industriebeschäftigung. Hier spielt der Rückgang der Beschäftigten im Schiffbau (vor allem durch den Zusammenbruch des Vulkankonzerns) eine besondere Rolle; waren im Land Bremen 1995 noch ca. 5.200 Beschäftigte im Schiffbau tätig, so belief sich ihre Zahl 1999 nur noch auf ca. 1.600 Beschäftigte. Seit dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im Jahr 1997 hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Land Bremen um 6.400 oder 13,7% auf 40.532 verringert (Abbildung 1). Die Arbeitslosenquote sank von 16,8% auf 13,7% im Jahr 2002. In der Stadt Bremen lag die Zahl der Arbeitslosen sogar 14,1% niedriger (Quote 2002: 12,7%). Im Bundesgebiet belief sich der Rückgang der Arbeitslosenzahl auf 7,4%, während sich die Arbeitslosenquote von 12,7% auf 10,8% verringerte.

Abbildung 1: Veränderung der Arbeitslosenzahl 1997 bis 2002



Quelle: Arbeitsamt Bremen, Bundesanstalt für Arbeit, eigene Darstellung

Die dennoch vergleichsweise ungünstige Entwicklung des bremischen Arbeitsmarktes spiegelt sich auch in der Frauenarbeitslosigkeit wider, deren Struktur und Ausmaß im Vergleich zum Bundesdurchschnitt jedoch eine Besonderheit aufweist: Mit 15,3 % war die Frauenarbeitslosenquote in Bremerhaven im Jahre 2002 deutlich höher als im Bundesdurchschnitt (10,3 %), lag gleichzeitig aber auch rund sechs %-

Punkte unter der der Männer (21,0 %). In Bremen-Stadt hat sich die Frauenarbeitslosenquote bis auf etwa einen halben %-Punkt an den Bundesdurchschnitt angenähert und lag mit 10,9 % etwa drei %-Punkte unter der der Männer. Dieses deutliche Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen auf dem bremischen Arbeitsmarkt ist darauf zurückzuführen, dass die strukturelle und konjunkturelle Krise beider Städte in den 90er Jahren traditionell männliche Beschäftigungsdomänen (etwa in der Werft- und Stahlindustrie) getroffen hat und damit die Zahl der männlichen gegenüber der weiblichen Arbeitslosen stärker angestiegen ist.

Über den gesamten Zeitraum seit Beginn der 90er Jahre betrachtet zeigt sich, dass die Abstände zwischen Männer- und Frauenquoten insbesondere in der zweiten Hälfte der 90er Jahre und am aktuellen Rand größer geworden sind. Führt man diesen Befund mit dem relativ stärkeren Anstieg der Frauenbeschäftigung insbesondere im Teilzeitbereich zusammen (Tabellen 3 und 4), so kann dies als Hinweis darauf gewertet werden, dass die Zugangschancen zum bremischen Arbeitsmarkt für Frauen in den neu entstandenen Dienstleistungsbereichen in den vergangenen Jahren besser geworden sind.

Dies scheint jedoch noch auf den stadtbremischen Arbeitsmarkt beschränkt zu sein: Berechnet man für die Städte Bremen und Bremerhaven den Rückgang der Arbeitslosigkeit zwischen 1997 und 2002 getrennt nach Männern und Frauen ergibt sich in Bremerhaven ein Rückgang der Frauenarbeitslosigkeit von 11,5 %, bei den Männern von 12,8 %. Das umgekehrte Bild zeigt sich in der Stadt Bremen, hier verringerte sich die Frauenarbeitslosigkeit um 15,0 % während bei den Männern 13,5 % weniger Arbeitslose zu verzeichnen waren.

Wenngleich die Wirtschaftsdaten in einer langfristigen Perspektive eine Verbesserung der Situation im Land Bremen andeuten, erscheint es noch zu früh in diesem Zusammenhang von einer nachhaltigen Trendumkehr zu sprechen. Die regionale Wirtschaftsstruktur ist nach wie vor auf das verarbeitende Gewerbe konzentriert, gleichzeitig ist die Wachstumsdynamik im Bereich des Dienstleistungssektors und hier vor allem im Bereich der innovativen und technologieorientierten Dienstleistungen noch zu gering ausgeprägt.

A.2 Kohärenz der einzelnen Fonds untereinander sowie mit den Interventionen der sonstigen Finanzinstrumente (insbes. Integration mit Ziel 3)

Das Land Bremen verfügt über langjährige Erfahrungen im Bereich der **Verknüpfung der EFRE- mit der ESF-Förderung**, diese Verzahnungsstrategie soll auch künftig fortgesetzt und fortgeschrieben werden. Dazu wurden im Zuge der Programmerrstellung für die Ziele 2 und 3 für den Zeitraum 2000 bis 2006 zwischen dem Wirtschafts- und Arbeitsressort programmübergreifend arbeitsmarkt- und strukturpolitische Aktivitäten gemeinsam entwickelt.

Die geplanten regionalpolitischen Programmschwerpunkte des bremischen Ziel-2-Programms werden durch die bremischen ESF-Förderungen im Rahmen des Ziel-3-Programms flankiert. Die Strategien und Schwerpunkte der Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik des Landes korrespondieren u. a. mit den Schwerpunkten des Ziel-2-Programms: Die Entwicklung hin zu einem regionalen Dienstleistungsarbeitsmarkt, die Förderung des Technologietransfers, des Unternehmergeistes und die Entwicklung der Wissens- und Informationsgesellschaft werden explizit als Ziele genannt. Damit ist eine ausreichende Integration von EFRE und ESF-Förderung gegeben. Weitere ESF-Maßnahmen innerhalb des Ziel-2-Programms könnten deshalb keinen signifikanten Beitrag leisten und sind deshalb nicht erforderlich. Es würde vielmehr die Gefahr einer Doppelung mit der Ziel-3-Förderung bestehen. Gleichzeitig bedeutet dieses Vorgehen eine Vereinfachung der administrativen Umsetzung des – relativ kleinen - Ziel-2-Programms Bremen vor dem Hintergrund, dass auch die Verordnung (EG) Nr 1260/1999 eine Beteiligung des ESF erst ab einem Anteil von 5% des Mittelvolumens für sinnvoll hält. Beim vorgelegten Programm handelt es sich somit um ein Monofondsprogramm, bei dem Interventionen ausschließlich über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert werden sollen.

Genauso wie im Ziel-3-Programm die wirtschafts- und strukturpolitischen Aktivitäten durch arbeitsmarktpolitische Aktivitäten flankiert werden, werden im Rahmen des Ziel-2-Programms 2000 - 2006 die arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten investiv flankiert. Hierzu werden investive Maßnahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) unmittelbar in das Ziel-2-Programm integriert. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der engen Verzahnung bremischer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik mit anderen relevanten Politikfeldern im Bereich der Wirtschafts-, Struktur-, Umwelt- und Technologiepolitik möglich gewesen. Die konzeptionelle und

strategische Verschränkung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landes bietet so die Chance, inhaltliche und finanzielle Synergieeffekte zu realisieren.

Die programmübergreifende Verzahnung der regionalen Wirtschaftsstruktur- und Arbeitsmarktpolitik findet also zum einen durch die Flankierung der Arbeitsmarktpolitik durch die regionalpolitischen, investiven Programmschwerpunkte des bremischen Ziel-2-Programms und zum anderen durch die bremischen ESF-Förderungen im Rahmen des Ziel-3-Programms statt, welches die Schwerpunkte des Ziel-2-Programms durch qualifizierungs- und beschäftigungsfördernde Maßnahmen begleitet. Insbesondere sind integrierte Förderungen vorgesehen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, im Rahmen der Tourismusförderungen, bei der städtischen Förderung und lokalen Entwicklungsprojekten.

In diesem Zusammenhang sind insbesondere folgende strategische Ausrichtungen der Ziel-3-Förderung des Landes Bremen für die Jahre 2000 – 2006 von Bedeutung:

- Berücksichtigung der **Gleichstellung von Frauen und Männern**: Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist ein allgemeines Ziel des ESF und hatte auch im Land Bremen in der Vergangenheit einen hohen Stellenwert. Das Land Bremen wird das Prinzip der Chancengleichheit im Sinne der EU („gender-mainstreaming-Ansatz“) umzusetzen versuchen. Das bedeutet, dass alle Programme, Maßnahmen und Initiativen so gestaltet sein müssen, dass sie der Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Chancengleichheit beim Zugang zum Arbeitsmarkt Rechnung tragen. In diesem Bereich findet - wie oben beschrieben - eine enge Koordinierung mit einzelnen Fördervorhaben des EFRE im neuen Ziel-2-Programm (2000 - 2006) statt. Somit stehen die im Rahmen des ESF unmittelbar auf Personen abzielenden und damit sehr zielgerichteten Gender-Ansätze mittelbar auch in Verbindung mit der EFRE-Förderung. Hier wird ein wesentlicher Beitrag zur Erfüllung des Gender Mainstreaming über die Ziel-3-Förderung geleistet, welcher in anderen Regionen über eine ESF-Beteiligung im Rahmen von Ziel 2 direkt umgesetzt wird. Dies soll die EFRE-Förderung jedoch nicht von der Notwendigkeit entbinden, dort ebenfalls vorhandene Potenziale zur Berücksichtigung der Chancengleichheit auszuschöpfen. Gleichwohl liegen hierzu noch vergleichsweise wenig Erfahrungen vor und der Charakter der überwiegend infrastrukturellen Förderung bedingt andere und zudem häufig nur indirekt wirkende Vorgehensmöglichkeiten.

- Berücksichtigung der **nachhaltigen Entwicklung**: Unter dem Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ wird ein neues Entwicklungsmodell verstanden, mit dem drei Ziele angestrebt werden, die sowohl für die heutigen als auch die zukünftigen Generationen erreichbar sein sollen: dauerhaftes Wirtschaftswachstum, sozialer Zusammenhalt durch Beschäftigung und hohe Lebensqualität für alle, Verbesserung und Erhaltung der lebensnotwendigen natürlichen Ressourcen. Da es sich hier hauptsächlich um Maßnahmen der regionalen Entwicklung, die in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt anzusiedeln sind, handelt, wird der ESF einen flankierenden Beitrag durch verschiedene Interventionsformen wie z. B. Maßnahmen zur beruflichen Bildung oder Beschäftigung im Umweltbereich leisten.
- Beachtung der sozialen und arbeitsmarktpolitischen Dimension der **Informationsgesellschaft**: Das Land Bremen verfolgte bereits in der Förderperiode 1994 - 1999 das Ziel, den Strukturwandel zur Informationsgesellschaft zu unterstützen bzw. qualifikatorisch zu begleiten. In Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren sind bereits themenzentrierte Projekte durchgeführt oder begonnen worden. Es ist z. B. mit dem von der EU geförderten Projekt BRISE gelungen, unter Beteiligung aller relevanten Gruppen die Entwicklung von Strategien und Aktionen zur bestmöglichen Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken voranzutreiben. Förderaktivitäten des ESF werden mit Projekten des EFRE im Rahmen des Ziel-2-Programms (2000 - 2006) zum Bereich Informationsgesellschaft koordiniert. Mit dem Einsatz dieser Technologien wird die Möglichkeit zur Zusammenarbeit auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene erheblich verbessert und erleichtert. In der neuen Förderphase wird das Land Bremen bestrebt sein, Unternehmen, Beschäftigte, Arbeitslose und Existenzgründer/innen auf dem Weg zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft durch flankierende Qualifizierungsmaßnahmen zu unterstützen und zu begleiten. Die Erweiterung der Medienkompetenz wird ebenfalls einen sehr hohen Stellenwert als Querschnittskompetenz in allen Maßnahmen einnehmen.
- **Förderung lokaler Entwicklungsprojekte und lokaler Beschäftigungsinitiativen**, einschließlich territorialer Beschäftigungsbündnisse: Im Sinne einer sozialen und nachhaltigen kommunalen und regionalen Entwicklung sollen kommunale/lokale Entwicklungsprojekte unterstützt werden. Das Land Bremen plant in zwei ausgewählten Ziel 2-Gebieten - Stadtteile Hemelingen (Bremen) und Geestendorf (Bremerhaven) – in vergleichsweise ähnlicher Form, wie sie in der regionalen Gemeinschaftsinitiative URBAN sowie im Rahmen von Artikel 10 (EFRE-Verordnung) in Bremerhaven Grünhöfe erfolgreich umgesetzt wurden, Projekte

zu initiieren und zu fördern. Diese Vorhaben sollen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergänzt bzw. flankiert werden. Das von der Europäischen Kommission geförderte territoriale Beschäftigungsbündnis in Bremen (TEP) hat wirksame beschäftigungsfördernde Maßnahmen und Initiativen auf den Weg gebracht und begleitet. Aufgrund seiner erfolgreichen Arbeit soll dieser Ansatz in der neuen Programmplanungsphase weiter etabliert und gefördert werden.

B. Stand der Durchführung der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen

B.1 Beschreibung der Maßnahmen und Projekte inklusive Analyse der Indikatoren sowie Vergleich der erreichten Ergebnisse mit der Ex-ante Evaluierung

In diesem Abschnitt wird über den Stand der Durchführung berichtet, sowie ein Abgleich mit den Zielgrößen der Ex-Ante-Evaluierung der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen vorgenommen.

Durch die Überschneidung der alten und neuen Förderperiode in den Jahren 2000 und 2001 und die von Bremen gesetzte Priorität bei der Abwicklung und Ausfinanzierung der alten Programme, wurde das Bremer Ziel-2-Programm 2000 – 2006 in den Jahren 2000 und 2001 eher zurückhaltend umgesetzt. Ab 2002 wurde die Umsetzung des Ziel-2-Programms zügig vorangetrieben. In der folgenden maßnahmespezifischen Darstellung sind die Mittelbindungen und Zahlungen sowohl für das Jahr 2002 als auch für den Gesamtzeitraum von 2000 bis 2002 genannt. Zum Stand der Mittelbindung und Auszahlung siehe auch Anhang 2. Im Text sind die Prozentangaben der Mittelbindung gerundet.²

Die den einzelnen Maßnahmen zugeordneten Interventionsbereiche sind nachfolgend in Klammern angegeben und sind ebenfalls in der Tabelle im Anhang 1 aufgeführt.

Schwerpunkt 1: Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur

Im Schwerpunkt 1 sind von 19.628.102 € am 31.12.2002 8.327.667 € (42 %) der Mittel gebunden und 4.693.381 (24 %) ausgezahlt gewesen. Die Mittelbindung im Zeitraum 01.01.2002 bis 31.12.2002 beträgt 3.536.889 €, die Auszahlung im selben Zeitraum liegt bei 2.136.704 €.

² Mittelbindung und Auszahlung per Datenbestand im EFRE Plan vom 05.06.2003.

Maßnahme 1.1: Finanzierungshilfen für KMU (161)

Die Förderung von KMU über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) ist seit 1989 Bestandteil der Bremer Ziel-2-Programme. 1994 trat mit dem Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) ein weiteres Programm speziell für KMU hinzu.

Im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) können Investitionen der gewerblichen Wirtschaft und der wirtschaftsnahen Infrastruktur in strukturschwachen Gebieten gefördert werden, durch die die Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt und neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. vorhandene Arbeitsplätze gesichert werden. Voraussetzung ist, dass die geförderten Betriebsstätten sowohl im GA- als auch im Ziel-2-Fördergebiet ihren Sitz haben. Die GA-Förderung innerhalb des Ziel-2-Programms setzt sich aus 50 % EFRE-Mitteln und 50 % Landesmitteln zusammen, es sind also keine Bundesmittel aus der GA enthalten.

Seit 1997 können auch im Rahmen der GA die im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms gewährten besonderen Bonusförderungen für die Schaffung von Frauenarbeits- und Ausbildungsplätzen sowie für umweltfreundliche Investitionen vergeben werden (s.u.).

Im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms werden aus Mitteln des Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms (WAP) des Landes Bremen Investitionszuschüsse zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) des Handwerks, des Handels, der Industrie, der gewerbeorientierten freien Berufe, des Dienstleistungsgewerbes sowie sonstiger Gewerbetreibender im Lande Bremen nach Maßgabe dieser Richtlinie gewährt. Daneben werden Bonusförderungen für umweltverbessernde Maßnahmen, für die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen und für die Schaffung von Ausbildungsplätzen sowie Zuschüsse für Beratungsleistungen gewährt. Die hierfür bewilligten Landesmittel sind zusätzliche Finanzierungshilfen. Sie sind nicht dazu vorgesehen, andere öffentliche oder sonstige Mittel Dritter zu ersetzen.

Investitionsmaßnahmen können mit einem erhöhten Fördersatz von maximal 25 % (Umweltbonus) auf die Bemessungsgrundlage gefördert werden, soweit sie auf die Anschaffung und Herstellung von begünstigten Wirtschaftsgütern im Rahmen von umweltverbessernden Maßnahmen in der Betriebsstätte des Unternehmens im Lande Bremen entfallen. Hierzu gehören Investitionen, die nachweislich zur Reduzierung

der Umweltbelastung, insbesondere in den Bereichen der Abwasserreinigung, Luftreinerhaltung, Lärminderung, Abfallreduzierung oder zur Energieeinsparung am Standort der Betriebsstätte im Lande Bremen beitragen.

Es kann ein Bonus für die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen bewilligt werden. Gefördert wird die Schaffung und Besetzung von zusätzlichen Dauerarbeitsplätzen für Frauen, sofern

- bei Errichtungen oder dem Erwerb einer von der Stilllegung bedrohten oder stillgelegten Betriebsstätte Dauerarbeitsplätze für Frauen geschaffen werden.
- bei den übrigen Investitionsmaßnahmen der Anteil der bei Investitionsbeginn in der zu fördernden Betriebsstätte bestehenden Dauerarbeitsplätze für Frauen bezogen auf die gesamten Dauerarbeitsplätze um mindestens 5 %-Punkte erhöht wird.

Die zusätzlichen Dauerarbeitsplätze für Frauen müssen mindestens für die Dauer von fünf Jahren besetzt werden.

Daneben kann auch ein Bonus für die Schaffung von Ausbildungsplätzen bewilligt werden. Gefördert wird die Schaffung und Besetzung von zusätzlichen Dauerausbildungsplätzen, sofern

- die Zahl der bestehenden Ausbildungsplätze nach Abschluss der Investitionsmaßnahme höher ist als unmittelbar vor Investitionsbeginn,
- die zusätzlichen Ausbildungsplätze mindestens für die Dauer eines regulären Ausbildungsverhältnisses geschaffen und besetzt werden,
- die Ausbildungsverträge in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse bei einer nach dem Berufsbildungsgesetz zuständigen Stelle eingetragen worden sind,
- die Ausbildungsverhältnisse grundsätzlich kurzfristig, d.h. zum nächstmöglichen Termin beginnen.

Die Förderung im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogrammes (LIP) stellt eine wichtige Säule zur Stärkung der Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen dar. Gefördert wurden überwiegend kleine Unternehmen (unter 50 Beschäftigte) im Sinne der Grenzen der KMU-Richtlinie.

Mit der Umsetzung dieser Maßnahme wurde bereits im Jahr 2000 begonnen. Von 16.975.634 € wurden bis Ende 2002 8.327.667 € (49 %) gebunden und 4.693.381 € (28 %) ausgezahlt. Die Mittelbindung im Zeitraum 01.01.2002 bis 31.12.2002 beträgt 3.536.889 €, die Auszahlung im selben Zeitraum liegt bei 2.136.704 €.

Im Berichtszeitraum (2002) wurden 31 neue Projekte bewilligt, insgesamt wurden bis Ende 2002 92 Unternehmen gefördert. Bei den neu bewilligten Projekten handelte es sich in 21 Fällen um Betriebserweiterungen, 10 Unternehmen wurden neu errichtet. Von den im Jahr 2002 bewilligten Förderfällen konnten in 5 Fällen Boni in Höhe von insgesamt 30.000 € für die zusätzliche Schaffung von Frauenarbeitsplätzen vergeben werden („Frauenbonus“). Eine Bonusförderung für nachgewiesene Umweltinvestitionen („Umweltbonus“) wurde im Jahr 2002 nicht bewilligt.

Die nachfolgende Tabelle gibt noch einmal einen Überblick über die im Jahr 2002 im Rahmen von GA/LIP bewilligten Projekte:

2002	Bremen	Bremerhaven	Gesamt
neu bewilligte Förderfälle	19	12	31
Projekte mit Umweltbonus	0	0	0
Projekte mit Frauenbonus	5*	0	5*
Neuerichtungen	7	3	10
Betriebserweiterungen	12	9	21
Erwerb einer v. Stilllegung bedr. Betriebsstätte	0	0	0
Neu geschaffene Arbeitsplätze, gesamt	73	36	109
davon für Männer	49	28	77
davon für Frauen	16	7	23
davon für Azubis	8	1	9
Gesicherte Arbeitsplätze	370,2	176,5	546,7
davon für Männer	254,5	142	396,5
davon für Frauen	90,7	27,5	118,2
davon für Azubis	25	7	32
Induziertes Investitionsvolumen	18.801.884 €	7.835.073 €	26.636.957 €
Zuschüsse aus Ziel 2 insgesamt	2.125.163 €	1.411.726 €	3.536.889 €

* insg. in Höhe von 30.000 €

Die sektorale Zusammensetzung der geförderten Fälle stellt sich folgendermaßen dar:

Sektor	Bremen			Bremerhaven		
	2000	2001	2002	2000	2001	2002
Produzierendes Gewerbe	52,6%	62,5%	37,0 %	72,7%	57,1%	50,0 %
Dienstleistungen	47,4%	37,5%	63,0 %	27,3%	42,9%	50,0%

Ex-ante Quantifizierung / Fazit der Maßnahme für die Jahre 2000 bis 2002

In den Jahren 2000, 2001 und 2002 wurden insgesamt 92 Finanzierungshilfen für KMU gewährt. Das liegt bereits jetzt in der Spanne der ex ante bis zum Jahre 2006 quantifizierten Wirkungen (70 – 130 Unternehmen).

Das ex ante quantifizierte Investitionsvolumen beträgt 102,914 Mio. €. Mit den bislang erreichten 74,607 Mio. € wird dieser Wert bereits zu gut 70 % erreicht - bei noch verbleibenden 4 Jahren Laufzeit des Ziel-2-Programms.

Bislang konnten Unternehmen durch die Finanzierungshilfen insgesamt 257 neue Arbeitsplätze schaffen. Das entspricht mehr als 50 % der ex ante Quantifizierung (500 - 800 zusätzliche Arbeitsplätze).

Die gesicherten Arbeitsplätze addieren sich bislang auf rund 1.506. Das sind rund 75% der ex ante anvisierten Zielmarke (2.000 – 2.500 gesicherte Arbeitsplätze).

Die Summe der insgesamt bereits vergebenen „Frauenboni“ beträgt 65.791 €. Umweltboni fielen insgesamt in Höhe von 112.061 € an, im Jahr 2002 wurden keine Umweltboni vergeben. Für diese beiden Boni gibt es keine ex ante Quantifizierung (s.auch B.3, Realisierung der Ziele der Querschnittsthemen).

Die Investitionstätigkeit hat sich im Rahmen dieser Maßnahme trotz verhaltener Konjunktur auf erfreulich hohem Niveau etabliert.

Maßnahme 1.2: Innovative Existenzgründungen (163)

Für diese Maßnahme stehen insgesamt 2.652.467 € zur Verfügung.

In dieser Maßnahme erfolgte bisher noch keine offizielle Projektumsetzung. Bis Ende 2001 wurde die Umsetzung aus dem letzten Ziel-2-Programm 1997 - 1999 finanziert. Seit 2002 wird das Programm durch die Bremer Innovationsagentur BIA umgesetzt. Da bisher noch kein Vertrag über die Umsetzung dieses Programms geschlossen wurde, ist noch keine offizielle Meldung als Ziel-2-Projekt erfolgt. Der Vertragsabschluss ist für Sommer 2003 vorgesehen.

Förderziel ist die Unterstützung der Vorbereitung von Existenzgründungen durch HochschulabsolventInnen und Young Professionals zur Initiierung innovativer Unternehmensgründungen. Bewerben können sich Personen, die ihr Hochschulstudium oder ihre Promotion innerhalb der letzten 5 Jahre abgeschlossen haben, oder die kurz vor Abschluß derselben stehen, und die sich in Bremen oder in Bremerhaven selbständig machen wollen. Gefördert werden innovative Ideen für Produkte oder Dienstleistungen aus den Bereichen Telekommunikation, IuK-Technologie, Multimedia, Entertainment, Gesundheits- und Umweltwirtschaft oder Biotechnologie. Die Förderung erfolgt in Form eines Gründungstrainings, betriebswirtschaftlicher Qualifizierung sowie finanzieller Unterstützung durch sogenannte Meilensteinförderung.

Schwerpunkt 2: Stärkung des Dienstleistungssektors

Im Schwerpunkt 2 sind von 128.457.976 € bis Ende 2002 56.488.968 € (44%) gebunden und 34.025.466 € (26%) ausgezahlt worden. Auf das Jahr 2002 entfallen 7.910.507 € an Mittelbindungen und 25.324.186 € an Auszahlungen.

Maßnahme 2.1: Förderung der Informationsgesellschaft (322)

In dieser Maßnahme wurde noch nicht mit der Umsetzung begonnen. Das Mittelvolumen dieser Maßnahme wurde durch die Änderungsentscheidung K(2002) 1656 von 37.134.200 € auf 32.762.654 € reduziert (siehe auch D.5).

Die in dieser Maßnahme geplanten Projekte sollen sich auf die IuK-Querschnittsbereiche „Mobilkommunikation“, „E-Entertainment“ und „E-Business“ richten. Dabei sollen insbesondere in den Sektoren Logistik, Handel, Luft- und Raumfahrt sowie

Medien/Freizeit neue wirtschaftliche Anwendungsbereiche der IuK-Technologien erschlossen werden.

Zunächst sollen jeweils sog. „Initiativen“, z.B. Strategieentwicklung, Netzwerkbildung, Initiierung von Kooperationen oder bewusstseinsbildende Maßnahmen (Veranstaltungen etc.) aufgebaut werden. In einem zweiten Schritt sollen Investitionsmaßnahmen identifiziert und umgesetzt werden (Kompetenz- / Entwicklungs- und Gründerzentren). Zur Vorbereitung sind Konzept- und Machbarkeitsstudien vorgesehen.

Mittlerweile sind 2 Projekte für eine Ziel-2-Förderung ausgewählt worden. Bei den Projekten handelt es sich zum einen um den Aufbau eines Kompetenzzentrums "Softwareentwicklung, Simulation und Optimierung betrieblicher Abläufe in der maritimen Wirtschaft" in Bremerhaven; zum anderen die Einrichtung eines Institutes für Informations- und Kommunikationstechnologien mit dem Schwerpunkt biologische Informationssysteme in Bremerhaven (BIBIS). Für beide Projekte werden insgesamt rund 2 Mio. € aus dem Ziel-2-Programm zur Verfügung gestellt.

Maßnahme 2.2: Technologie-orientierte Einrichtungen/Technologietransfer (182)

Von den insgesamt 43.097.246 € dieser Maßnahme konnten bis 31.12.2002 26.628.893 € (62%) gebunden und 15.964.561 € (37%) ausgezahlt werden. Auf das Jahr 2002 entfallen 5.787.051 € an Mittelbindung und 10.810.084 € an Auszahlung.

Diese Maßnahme wurde finanziell zu Lasten der Maßnahme 2.1 aufgestockt, um das Projekt PHOENIX aus dem Bereich der Raumfahrttechnik aufzunehmen. Ein entsprechender Änderungsantrag wurde Anfang 2002 gestellt und im Juni 2002 von der Kommission genehmigt. Nach Genehmigung des Änderungsantrages wurde das Mittelvolumen dieser Maßnahme von 38.725.700 € auf 43.097.246 € erhöht (siehe auch D.5).

Beispielhaft sollen nachfolgend einige der sich in der Umsetzung befindlichen Projekte kurz geschildert werden:

- das Biotechnologiezentrum in Bremerhaven³

Das Biotechnologiezentrum befindet sich im Fischereihafen, in der Nähe des Schaufenster Fischereihafen. Wesentliches Element des Biotechnologiezentrums

³ Das Biotechnologiezentrum wurde im Januar 2003 als Projekt des Monats vorgestellt. Die Projektbeschreibung kann unter www.europa-bremen.de/efre abgerufen werden.

ist das **Bremerhavener Institut für Lebensmitteltechnologie und Bioverfahrenstechnik (BILB)**, das in das Biotechnologiezentrum übersiedeln und dabei erweitert wird. Das BILB betreibt anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung im Bereich der Bio- und Lebensmitteltechnologie (z.B. Gewinnung/Nutzung von Lebensmittelzusatzstoffen) und führt Beratungen für Unternehmen durch, beispielsweise im Bereich Qualitätssicherung. In dem Lebensmittelsensorik-Labor des BILB können sensorische Prüfungen von neuen Produkten durchgeführt werden.

Das Biotechnologiezentrum wurde am 16. Mai 2003 eröffnet.

- **InnoWI GmbH:** Gesellschaft zur wirtschaftlichen Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse

Das Land Bremen beabsichtigt, durch Gründung einer Verwertungs-GmbH, Forschungs-Ergebnisse aus dem Wissenschaftsbereich systematisch kommerziell zu verwerten. Zu diesem Zweck haben die bremischen Hochschulen und die Bremer Innovations-Gesellschaft mbH die InnoWI GmbH gegründet.

- **PHOENIX**

Im Rahmen des nationalen Raumfahrtprogramms ASTRA werden ausgewählte Systeme und Technologien für zukünftige Raumtransportsystem-Anwendungen entwickelt. Diese Aktivitäten konzentrieren sich auf rückkehrfähige - also wieder verwendbare - Trägersysteme. Eine wesentliche Zielsetzung dieses Programms besteht darin, die automatische horizontale Landefähigkeit eines wieder verwendbaren Raumtransporters in der Praxis zu erproben bzw. nachzuweisen. Zu diesem Zweck wird in Bremen der Raumtransport-Demonstrator PHOENIX entwickelt und gebaut.

- **BRIG**

Das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG) wurde 1989 gegründet, um die Standortbedingungen für den Aufbau innovativer kleinerer und mittlerer Unternehmen zu optimieren. Existenzgründer, aber auch "Ableger" größerer Unternehmen, sogenannte "Spin-Offs" oder "outsourcing-Projekte" finden hier organisatorische, wirtschaftliche und technologische Unterstützung

- Landesprogramm Arbeit und Technik

In dieser Maßnahme werden auch Projekte aus dem Landesprogramm "Arbeit und Technik" umgesetzt. Das Landesprogramm "Arbeit und Technik" fügt sich sowohl in das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven (BAP) als auch in das Wirtschaftspolitische Aktionsprogramm (WAP) ein. In "Arbeit und Technik"-Projekten sollen zukunftsrelevante Entwicklungen aus Technologie und Arbeitswissenschaft für kleine und mittelständische Unternehmen im Land Bremen so nutzbar gemacht werden, dass eine möglichst dauerhafte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erreicht wird. Die angestrebte Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist Teil einer präventiven, bremischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Die Projekte sollen durch die Umsetzung arbeitsorientierter Innovationskonzepte markt- bzw. betriebsnahe Ergebnisse erzielen und für Unternehmen wirtschaftliche Perspektiven eröffnen, die sich in der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen am Standort Bremen niederschlagen. Es werden ausschließlich Verbundprojekte gefördert. Verbundpartner können sein: kleine oder mittlere Unternehmen aus dem Land Bremen, wissenschaftliche Institutionen, Weiterbildungsträger, Kammern und Verbände sowie beratende Einrichtungen.

Zwei Beispiel-Projekte:

Wap-basierte Fahrzeugplanung: Im Speditionsgewerbe ergeben sich in der Kommunikation zwischen Disponent und Fahrer Brüche, die sowohl die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen negativ beeinflussen als auch die Arbeitsbeziehungen zwischen den Disponenten und den Fahrern belasten. In dem Projekt wird ein System erprobt, das die Kommunikation zwischen Disponent und Fahrer auf der Ebene eines Prozessmodells abbildet. Als logistisches Konzept wird der Wechsel von der an Dispositionsphasen orientierten Tourenplanung zur "online"-Tourensteuerung realisiert. Durch Vermeidung des bisher üblichen Medienbruchs und der Realisierung einer personenungebundenen Kommunikation wird die Reduktion von Übertragungsfehlern, Koordinationsproblemen und Zeitverlusten ermöglicht.

VIBA: Die Berücksichtigung aller gesetzlichen Vorschriften im Arbeits- und Gesundheitsschutz wird durch die Komplexität des Regelwerks zu einem betrieblichen Problem und überfordert oft die dafür zuständigen Personen. Die Entwicklung einer betriebsorientierten Internetplattform für betriebliche Arbeitssicherheit eröffnet den projektbeteiligten Unternehmen die Möglichkeit zu einer umfassenden Sicherheitskultur, zu einem effektiven Arbeits- und Gesundheitsschutz, zu mehr Transparenz im Arbeitsprozess und zu mehr Rechtssicherheit.

Ex-ante-Quantifizierung / Fazit der Maßnahme für die Jahre 2000 bis 2002

Der Fördervolumen beträgt 26.628.893 €. Das entspricht rund 62% der ex ante quantifizierten 43.097.246 €.

Technologie - Infrastrukturprojekte

Mit den 3 geförderten Technologie-Infrastrukturprojekten ist die Ex-ante formulierte Zielgröße bereits jetzt erreicht. Diese 3 Projekte sind Technologie- und Gründerzentren. Die geförderte Nutzfläche beträgt hier rund 6.600 qm. In den 2 schon eröffneten Zentren sind derzeit 48 Unternehmen tätig (40 im BRIG Bremerhaven, 8 im Gründerzentrum Airport Bremen). Allerdings ist das Gründerzentrum Airport noch in der Startphase. Hier steht nicht die Vermietbarkeit der Räume im Vordergrund, sondern die Etablierung eines gesunden Mix aus geeigneten Existenzgründern und innovativen jungen Unternehmen. Im Jahr 2002 siedelten sich in diesen 2 Gründerzentren insgesamt 11 Unternehmen neu an, darunter 3 aus dem Bereich Spitzentechnik und 4 aus der höherwertigen Technik⁴ (4 Sonstige).

Bereits ½ Jahr vor Eröffnung des Biotechnologiezentrums Bremerhaven waren 70 % der Fläche vergeben. Das BILB (s.o.) nimmt eine Transferfunktion innerhalb und außerhalb des Hauses ein.

Verbundprojekte / Kooperationspartner

Die ex ante anvisierten 5 Verbundprojekten aus dem Bereich „Arbeit und Technik“ wurden bereits erreicht. Laut Ex-ante-Quantifizierung sollten sich an den Verbundprojekten bis zu 30 Kooperationspartner beteiligen. Bisher sind 19 Kooperationspartner aus verschiedenen Branchen einbezogen. Die zahlenmäßig größte Gruppe stellen Partner aus dem Bereich der Logistik dar (13), gefolgt von Sonstige (8) und Handel (6).

Aber auch an 2 weiteren Projekten sind Kooperationspartner beteiligt: An der Transferagentur „InnoWi GmbH“ und am Projekt „Phönix“. Hier kommen insgesamt 11 Partner zusammen (3 aus der Luft- / Raumfahrt und 8 aus sonstigen Wirtschaftsbereichen).

⁴ Definition nach NIW/ISI-Liste (Liste vom Niesersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung und dem Fraunhofer Institut): Spitzentechnik: z.B. Luft- und Raumfahrzeugbau, pharmazeutische Erzeugnisse, höherwertige Technik: z.B. Maschinenbau, Feinmechanik.

Im Hinblick auf Akzeptanz und offensichtliche Übereinstimmung mit dem Bedarf ist hervorzuheben, dass die „InnoWi“ bereits 2002 (also im Jahr ihrer Gründung) 100 Beratungen mit Transferhintergrund durchführen konnte.

Ansiedlungen / Arbeitsplätze

In der aktuellen Programmperiode siedelten sich in den Gründerzentren insgesamt 11 Unternehmen neu an (3 Spitzentechnik, 4 höherwertige Technik, 4 Sonstige). Im Zuge dessen entstanden 39 neue Arbeitsplätze in den Gründerzentren sowie zusätzliche 3 neue Arbeitsplätze bei der „InnoWi“ GmbH. Dass es sich dabei um qualitativ hochwertige Jobs handelt, belegen die dabei entstandenen 17 FuE-Arbeitsplätze (davon 2 Frauenarbeitsplätze).

Ex ante wurde die Zielmarke bei 150 – 200 geschaffenen Arbeitsplätzen für die Gründerzentren gesetzt. Obwohl das Biotechnologiezentrum Bremerhaven noch gar nicht eröffnet ist, wird diese Marke zu rund 25% erreicht. Sollte sich die Nachfrage im Gründerzentrum Airport weiter positiv entwickeln und sich für das Biotechnologiezentrum der absehbare Erfolg einstellen, ist die Ex-ante-Quantifizierung gut zu schaffen.

Zu gesicherten Arbeitsplätzen, die dem Bereich „Arbeit und Technik“ und dem Projekt „PHOENIX“ zuzuordnen sind, können noch keine Aussagen getroffen werden. Dem Charakter dieser Vorhaben entspricht es, dass sich wirkliche Effekte erst nach Abschluss / Implementation der Verfahren zeigen.

Maßnahme 2.3: Förderung des Fremdenverkehrs (171)

Bis zum 31.12.2002 konnten von insgesamt 31.908.930 € für diese Maßnahme 21.643.107 € (68%) gebunden und 14.502.605 € (45%) ausgezahlt werden. Die Mittelbindung in der Zeit vom 01.01.2002 bis zum 31.12.2002 beträgt 0 €, die Auszahlung erreicht 12.015.546 €.

In dieser Maßnahme wurde mit der Umsetzung von 2 Infrastrukturprojekten begonnen: Das wesentliche Projekt ist der Kreuzfahrterminal Columbusbahnhof in Bremerhaven, der modernisiert wird, um die Wettbewerbsfähigkeit im Kreuzfahrtgeschäft zu stärken. Dieses Projekt ist mittlerweile abgeschlossen: am 2. Mai 2003 wurde der

Kreuzfahrtterminal eröffnet. Herr Dufeil, Referatsleiter für Deutschland in der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission, nahm an der Eröffnung teil.

Bei dem anderen Projekt handelt es sich um einen touristischen Radweg, der Gebiete in Bremen und Niedersachsen verbindet. Der "Grüne Ring" verfügt über ein Wegenetz von insgesamt 800 km. Zu dem Radweg gibt es eine Freizeitkarte und ein Begleitheft mit Informationen zu Anlaufpunkten und zur Umgebung. Bei diesem Projekt wird aus dem Ziel-2-Programm das Erstellen von Broschüren, Freizeitkarten und die Beschilderung auf Bremer Seite gefördert. Ziel ist u.a. die Verbindung von Naherholungs- und Tourismusangeboten der Stadt Bremen mit denen der umliegenden niedersächsischen Städte und Gemeinden. Die Eröffnungsveranstaltung fand am 18. Mai 2003 statt.

Ex-Ante-Quantifizierung / Fazit der Maßnahme für die Jahre 2000 bis 2002

Die Modernisierung des Columbusbahnhof soll wesentlich zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Bremerhavens im Kreuzfahrtgeschäft beitragen. Hier können Daten eine bisher erfolgreiche Positionierung belegen: In 2001 wurden 58.000 Gäste gezählt, in 2002 hatte der Terminal noch 52.000 Kunden, weitere Abwanderungen wurden angekündigt. Mit dem Umbau und der Modernisierung des Terminals konnte dieser Tendenz entgegengewirkt werden, wie die Erwartung von 63.000 Besucher im Jahr 2003 zeigt.

Am Columbusbahnhof sind im Zusammenhang mit dem Kreuzfahrtgeschäft derzeit rund 60 Personen tätig. Nach Abschluss der Umbauarbeiten sollen es rund 120 Arbeitsplätze sein. Seine vollen Wirkungen wird der Kreuzfahrtterminal erst nach Ende der Umbauarbeiten im Jahre 2003 entfalten können. Allerdings deutet der derzeitige Zielerreichungsgrad auf das sichere Ankommen im ex ante quantifizierten Spektrum hin. Zusätzliche indirekte Arbeitsplatzeffekte sind durch steigende Übernachtungen zu erwarten.

Zu den Wirkungen des Projektes "Grüner Ring" sind noch keine Aussagen zu treffen; als Ergebnisse sind die zeitnahe Eröffnung und erstellte Informationsmaterialien festzuhalten.

Mit diesen 2 Infrastrukturprojekten sind 50% der 4 ex ante quantifizierten Projekte erreicht. Weitere Projekte sind in der Planung.

Maßnahme 2.4: Neue Dienstleistungen / Kohärenzprojekte (163)

Die Projektumsetzung begann im Jahr 2001, mittlerweile werden in dieser Maßnahme 12 Projekt umgesetzt, davon 3 Kohärenzprojekte. Von insgesamt 20.689.146 € wurden bis zum 31.12.2002 8.216.968 € (40%) gebunden und 3.558.300 € (17 %) ausbezahlt. Auf das Jahr 2002 entfallen 2.123.456 € an Mittelbindungen und 2.498.556 € an Auszahlungen.

Neue Dienstleistungen

Im Bereich Neue Dienstleistungen wurden bislang 3 Beratungseinrichtungen für Frauen gefördert, davon 1 in Bremerhaven.

Im Bereich Designförderung begann die Förderung aus dem Ziel-2-Programm 2000 – 2006 erst im Jahr 2002, da die Designförderung bis Ende 2001 aus dem alten Ziel-2-Programm gefördert wurde.⁵

Die wesentlichen Aufgaben des Design Zentrums liegen in der Designberatung von KMU, der Weiterentwicklung von regionalen Designinitiativen sowie der Betreuung betrieblicher Förderprogramme. Die betriebliche Förderung wird durch Vorträge, Workshops und Gesprächsrunden sowie Weiterbildungstrainings komplettiert. Das Design Zentrum Bremen agiert als Kontaktstelle zwischen Firmen und Designern und informiert die Fachöffentlichkeit über die verschiedenen Facetten und Möglichkeiten des Einsatzes von Design. Einen weiteren Baustein der Bremer Designförderaktivitäten bildet das Institut für integriertes Design (iid), das seit 1998 unter der Federführung von Prof. Detlef Rahe arbeitet. Dieses Institut ist der Hochschule für Künste angegliedert, in der Prof. Dr. Rahe mit einer Professur für Kommunikationsdesign und für 3-D-Design neue Schwerpunkte setzt.

Die Verbindung von Design zu Wirtschaftsförderung liegt in dem Wettbewerbsvorteil, den durchdachte Gestaltung, wie beispielsweise ein neues Corporate Design oder eine speziell gestaltete Lösung für einen industriellen Prozess, den Unternehmen bietet.

Die wesentlichen Aufgaben des DesignLabor Bremerhaven liegen in der Beratung der regionalen Wirtschaft, der Erarbeitung von Designstudien sowie der Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen. In enger Anlehnung an den Bedarf der Region werden thematische Schwerpunkte zu aktuellen Designthemen bearbeitet. Diese

⁵ Sowohl das Design Zentrum als auch das DesignLabor wurden als Projekt des Monats vorgestellt. Die Projektbeschreibungen stehen auf der Website www.europa-bremen.de/efre.

werden mit Vortragsveranstaltungen, Seminaren, Tagungen oder Publikationen vorgestellt. Die Erarbeitung von Projektstudien gehört zu den Aufgaben des DesignLabor Bremerhaven. Bemerkenswert ist das Stipendiatenmodell des Instituts, das es seit 1995 gibt und das sowohl in der Region als auch im europäischen Ausland Beachtung und Nachahmer fand. Jeweils projektbezogen arbeitet eine Gruppe europäischer Nachwuchsdesigner mit international renommierten Experten in Projekten zusammen. Es wird an Projekten gearbeitet, die innovativ, umsetzungsorientiert und regionalbezogen im Verbund mit Bremer und internationalen Unternehmen durchgeführt werden. Zu den Partnern des Instituts gehören Firmen wie Alessi, Daimler-Chrysler, Zumtobel Staff, Siemens, Frozen Fish International und Bosch. Die Federführung für einzelne beispielhafte Projekte lag bei bekannten Designern wie Alexander Neumeister, Alberto Meda, Roger Tallon oder Gert Dumbar. Bekannteste verwirklichte Projekte in der Region sind die Fußgängerbrücke in Bremen Vegesack sowie das Besucherzentrum von ASTRIUM.

Neben den o.g. Projekten wurden 2 Projekte zur Stärkung der gewerblichen und touristischen Aktivitäten im Stadtteil Bremen-Blumenthal gefördert.

Kohärenzprojekte

Die Kohärenzprojekte sind die Fortsetzung des in den Ziel-2-Programmen in der Zeit von 1992 bis 1999 umgesetzten Kohärenzfonds, der den Versuch darstellte, eine intensivere Integration des Regionalfonds EFRE und des Europäischen Sozialfonds ESF zu erreichen. Mit den Kohärenzprojekten wird eine unmittelbare, direkte und wechselseitige Ergänzung von EFRE- und ESF-Förderungen und eine Effektivierung des Mitteleinsatzes beider Fonds angestrebt, z.B. in Form einer Flankierung der Investitionsvorhaben durch Qualifizierungsmaßnahmen bzw. umgekehrt. Die Bewilligung von Mitteln setzt jeweils ein Engagement beider Fonds voraus.

Im Bereich Kohärenzprojekte befanden sich 3 Projekte im Jahr 2002 in der Umsetzung: Je eine investiv flankierte Qualifizierungsmaßnahme (Umbau von Schiffen) in Bremerhaven und Bremen und 1 Projekt, das die exemplarische Weiterentwicklung beruflicher Schulen hin zu Innovations- und Kompetenzzentren erprobt („ReBiZ“).

Ex - ante-Quantifizierung / Fazit der Maßnahme für die Jahre 2000 bis 2002

Von dem ex ante quantifizierten Fördervolumen (20.689.148 €) sind rund 40% erreicht. Die Zielmarke von mindesten 2 Kohärenzprojekten ist mit den jetzt in der Umsetzung befindlichen 3 Projekten bereits überschritten worden. Hier wurden 2 Schiffe (je eines in Bremen und Bremerhaven) zu touristischen Attraktionen umgebaut. Weitere Wirkungen, etwa die für die EFRE – Förderung relevanten Arbeitsplatzef-

fekte, sind – wenn überhaupt - erst nach Abschluss der Projekte einschätzbar. Hier handelt es sich dann um angesiedelte Gastronomie etc. im Zuge der Aufwertung des Standortes.

Mit der Förderung von 2 Kompetenzzentren im Bereich „Designförderung“ ist ebenfalls die Ex-ante-Vorhersage erreicht. Außerdem sind insgesamt 3 Beratungsstellen für Frauen (1 in Bremerhaven, 2 in Bremen) mit Ziel 2 Mitteln gefördert worden. Ex ante wurden hier nur 2 Beratungsstellen formuliert.

Insgesamt erhielten bislang 2 Entwicklungskonzepte eine Förderung mit Ziel-2-Mitteln. Diese beinhalten die Stärkung der gewerblichen und touristischen Aktivitäten im Stadtteil Bremen – Blumenthal.

Arbeitsplätze

Im Rahmen der Designförderung konnten in Bremen und Bremerhaven jeweils 3 Arbeitsplätze gesichert werden, wobei es sich hier aber um einen nachrangigen Effekt handelt. Vorrangig ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch gesteigertes Know-How im Bereich Design und überzeugende Produktgestaltung. In diesem Sinne führten die Einrichtungen im Land im Jahr 2002 insgesamt 90 Beratungen durch (76 in Bremen, 14 in Bremerhaven).

Beratungen

Grundsätzlich werden Beratungen bei der Designförderung und bei den Beratungsstellen für Frauen durchgeführt. Eine Aufsummierung ist hier allerdings wenig sinnvoll, da die Designförderung überwiegend betriebliche Beratungen durchführt während bei den Beratungsstellen für Frauen Personen unterstützt werden.

Nachfolgend eine Aufstellung der durchgeführten Beratungen bei den Beratungsprojekten für Frauen (die untenstehenden Angaben beziehen sich alle auf das Jahr 2002)

	EBN Expertinnen Beratungsnetz Bremen e.V	ZIB Frauen in Arbeit und Wirtschaft e.V.	Frau und Beruf	GESAMT
Maßnahmenbereich Ziel 2	2.4 Neue Dienstlei- stungen	2.4 Neue Dienstlei- stungen	2.4 Neue Dienstlei- stungen	
Adressaten des Projekts				
Natürliche Personen	x	x	x	
Organisationen	-	-	-	
Sind ExistenzgründerAdressaten des Projekts?	-	x	x	
Beratungsformen				
Informationsveranstaltungen	x	x	x	
Kurzberatung, telefonisch, vor Ort (bis zu 15 Minuten)	x	x	x	
Einmalige Intensivberatung	x	x	x	
Beratungsprozesse	x	x	x	
Informationsveranstaltungen / Tagungen				
Wie viele Personen haben an Informationsveranstaltungen teilgenommen?	335	182	42	559
Wie viele Personen waren davon weiblich?	330	162	42	534
Kurzberatung, telefonisch, vor Ort (bis zu 15 Min)				0
Wie viele Personen haben an Kurzberatungen teilgenommen?	413	448	14	875
Wie viele Personen waren davon weiblich?	413	448	14	875
Einmalige Intensivberatungen				
Wie viele Personen haben an intensiven Einzelberatungen teilgenommen?	94	189	90	373
Wie viele Personen waren davon weiblich?	94	189	90	373
Status der beratenen Personen				
Schüler	-	-	-	-
Auszubildende	-	-	-	-
Erwerbstätige	43	44	25	112
Arbeitslose	22	87	38	147
Nicht gemeldete Erwerbslose	5	36	26	67

Die Tabelle enthält vorläufige Zahlen, im Rahmen des Monitorings des Arbeitsressorts kann es noch zu leichten Korrekturen kommen.

Schwerpunkt 3: Umweltschutz, Flächenwiederherrichtung

Vom Mittelvolumen des Schwerpunktes 3 sind von 56.231.862 € bis 31.12.2002 15.972.006 € (28%) gebunden und 8.490.633 € (15%) ausgezahlt worden. Auf das Jahr 2002 entfallen an Mittelbindungen 4.157.281 € und an Auszahlungen 8.029.753 €.

Maßnahme 3.1: Förderung angewandter Umwelttechnologien (162)

Die Umsetzung von Projekten aus dem Landesprogramm PFAU (Programm zur Förderung angewandter Umwelttechnologien) ist seit Beginn der bremischen Ziel-2-Förderung im Jahr 1989 Bestandteil der Bremer Ziel-2-Programme. Für diese Maßnahme stehen insgesamt 8.487.890 € zur Verfügung, von denen bis zum 31.12.2002 2.506.352 € (30%) gebunden und 900.182 € (11%) ausgezahlt waren. Im Zeitraum 01.01.2002 bis 31.12.2002 lag die Mittelbindung bei 1.383.508 € und die Auszahlung bei 531.053 €.

Ziel der Förderung ist es, Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Anbieter von Dienstleistungen bei pilothaften Entwicklungen zu unterstützen, bei denen die Belange der Umwelt deutlich berücksichtigt werden. Dadurch soll das oftmals überdurchschnittliche technische und wirtschaftliche Risiko von derartigen Entwicklungsvorhaben vermindert und die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Unternehmen gestärkt werden. Gleichzeitig wird angestrebt, hierdurch qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Durch die Absenkung der finanziellen Risikoschwelle sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen Anreize erhalten, innovative Entwicklungen im Bereich des Umweltschutzes, des produktionsintegrierten Umweltschutzes und der angewandten Umwelttechnologien durchzuführen. Der Zugewinn an Know-How soll die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nachhaltig verbessern bzw. den Unternehmen neue Märkte eröffnen, die eine wesentliche Erweiterung des bisherigen Geschäftsfeldes darstellen. Gefördert werden Entwicklung, Konstruktion, Erstellung und Erprobung innovativer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Insbesondere soll dabei der sparsame Einsatz von Material und Energie, die Vermeidung von Emissionen und die Wiederverwertung eingesetzter Materialien beachtet werden. Gesetzliche Bestimmungen sollen deutlich übertroffen werden.

Ex-Ante-Quantifizierung / Fazit der Maßnahme für die Jahre 2000 bis 2002

Bis einschließlich des Jahres 2002 erhielten insgesamt 31 Projekte (9 in Bremen, 22 in Bremerhaven) Mittel aus dem aktuellen Ziel 2 Programm. Dies entspricht 52 % der ex ante angenommenen Fallzahl (60 – 80 Projekte). Nachfolgend eine Übersicht nach Art und Bereich der Projekte.

Art	Bremen	Bremerhaven	Gesamt
Informations- und Beratungsangebot	0	2	2
Markterschließungshilfe	5	5	10
Verbundprojekt	0	6	6
Demonstrations- und Pilotprojekt	4	9	13
Sonstiges	0	0	0
<u>Gesamt</u>	9	22	31

Bereich

Umweltfreundliche Verfahren und Produkte	1	10	11
Rationelle Energienutzung und regenerative Energie	4	4	8
Kreislaufführung und Emissionsminderung	1	1	2
Techniken der Umweltbeobachtung	3	2	5
Verkehr, Mobilität, Logistik	0	0	0
Umweltmanagementsysteme	0	2	2
Sonstige	0	2	2
<u>Gesamt</u>	9	21*	30

*bei einem Projekt keine Angabe

Das ausgelöste Investitionsvolumen beträgt insgesamt 4.806.591 €. Diese Summe entspricht rund 28% der ex ante quantifizierten 17 Mio. €. Auffällig ist hier, dass die Anzahl der Projekte schon zu gut 50% die Ex-ante-Quantifizierung trifft, das ausgelöste Volumen aber erst rund 30%. Tendenziell fragen Unternehmen also eher „kleinere“ Projekte denn investitionsintensive Großvorhaben nach. Vor dem Hintergrund der

konjunkturellen Situation und damit eher defensivem unternehmerischem Investitionsverhalten kann der Maßnahme nach wie vor eine gute Akzeptanz attestiert werden.

Kooperationen

Insgesamt waren / sind an 8 Vorhaben Kooperationspartner beteiligt. An all diesen Kooperationsprojekten sind Hochschulen oder FuE – Institute beteiligt. In 3 Fällen sind andere KMU beteiligt.

Arbeitsplätze

Im direkten Kontext mit den bezuschussten Investitionen stehen die insgesamt 19 neu geschaffenen Arbeitsplätze (10 in Bremen, 9 in Bremerhaven). Somit sind knapp 50 % der Ex-ante quantifizierten 40 Arbeitsplätze erreicht. Die Zahl der gesicherten Arbeitsplätze liegt derzeit bei mindestens 363.

Patente / Innovation

Im Zuge der Projektdurchführungen kam es bislang zu einer Patentanmeldung. Stichwort Innovation: Den innovativen Charakter der Maßnahme unterstreicht, dass bei den 33 Projekten in 31 Fällen neue Produkte oder Verfahren entwickelt wurden.

Zu positiven Auswirkungen auf die Umwelt und zu weiteren Arbeitsplatzeffekten im Sinne von Wirkungen kann es erst kommen, wenn die entwickelten Verfahren oder Produkte nach der erfolgreichen Markteintrittsphase eine breitere Anwendung erfahren haben. Daten hierzu können erst nach einer jahrelangen Beobachtung gewonnen werden. Dies ist derzeit nicht vorgesehen.

Maßnahme 3.2: Infrastrukturprojekte im Umweltbereich (163)

Bis zum 31.12.2002 konnten 1.183.955 € (22%) gebunden und 208.234 € (4%) ausgezahlt werden. Insgesamt stehen dieser Maßnahme 5.304.886 € zur Verfügung. Auf das Jahr 2002 entfallen 748.590 € an Mittelbindungen und 116.484 € an Auszahlungen.

Im Berichtszeitraum wurden 2 Infrastrukturprojekte gefördert: ein Kompetenzzentrum („Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen“ ProNARO Bremen) und ein Offshore-Windenergie-Kompetenzzentrum (Windagentur Bremerhaven e.V.). Die Windagentur Bremerhaven soll als überbetriebliche Infrastruktur in Bremerhaven das Entstehen eines regional und national relevanten Standortes für wissenschaftliche, technologische und logistische Kompetenzen besonders im Bereich Offshore-Windenergie initiieren und fördern.

Ex-Ante-Quantifizierung / Fazit der Maßnahme für die Jahre 2000 bis 2002

Ex-ante sind 3 – 5 Projekte quantifiziert worden. Mit den nun geförderten 3 Projekten ist die Mindestanzahl bereits in der Förderung.

Zu den Projekten „Offshore Windenergie Kompetenzzentrum“ und zu „ProNaro“ liegen erste Ergebnisse und Wirkungen vor.

Kooperationen

Im Rahmen des „Offshore Windenergie Kompetenzzentrum“ kam es zu insgesamt 7 Kooperationen, 4 ausschließlich zwischen KMU und 3 Kooperationen mit Einbezug von Hochschulen / FuE – Einrichtungen. Das Projekt „ProNaro“ initiierte in 2001 und 2002 insgesamt rund 20 Kooperationen (6 zwischen KMU, 5 KMU / Hochschulen / FuE – Einrichtungen, 9 Sonstige). Ex ante und nachfolgend wurden für diesen Bereich keine Zielgrößen quantifiziert.

Angeregte Forschungsvorhaben

Im Bereich „Windenergie“ konnten 6 Forschungsvorhaben angeregt werden, „ProNaro“ wies bis zum Jahr 2002 insgesamt 5 Forschungsvorhaben / Studien auf.

Beratungen / Transferleistungen

10 mal kam es zu Beratungen und Transferleistungen im Bereich „Windenergie“. Bei „ProNaro“ beliefen sich die Beratungs- und Transferleistungen auf insgesamt 65 in den Jahren 2000 bis 2002.

Geschaffene Arbeitsplätze / FuE-Quote

„ProNaro“ hat zur Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen. Konnten in 2000 und 2001 insgesamt 10 Arbeitsplätze geschaffen werden (5 in Bremen), stieg diese Zahl

in 2002 nochmal um 2 zusätzliche Arbeitsplätze für Bremen. Die FuE-Quote erhöhte sich in einem Unternehmen um 40%.

Der ex ante quantifizierte Förderimpuls von 5.304.886,00 € ist im Jahr 2002 zu 22,3% erreicht. Dass zum jetzigen Zeitpunkt zu weiteren Wirkungen (wie initiierten Aus- / Neugründungen oder direkten Umwelteffekten) noch keine validen Ausführungen gemacht werden können, entspricht dem langfristigen Charakter der Projekte und ihrer strukturpolitischen Dimension. Die objektiv viel versprechenden Anlaufphasen (Kooperationen erzeugt, Forschungsvorhaben / Studien initiiert etc.) deuten auch vor dem Hintergrund der aktuellen Thematik (Windenergie, nachwachsende Rohstoffe) auf strukturpolitisch wirksame Projekte hin.

Maßnahme 3.3: Wiederherrichtung von brachliegenden Flächen (351)

Von den 42.439.086 € für diese Maßnahme waren bis zum 31.12.2002 12.281.698 € (29%) gebunden, ausbezahlt wurden insgesamt 7.382.216 € (17%). Auf den Berichtszeitraum 01.01.2002 bis 31.12.2002 entfallen 2.025.183 € an Mittelbindung und 7.382.216 € an Auszahlung.

Es befinden sich 2 Projekte in der Umsetzung: ein Projekt zur Herrichtung eines ehemaligen Schiffbaugeländes, sowie die Herrichtung einer Fläche für das Institut für Fischereiökologie, das von Hamburg nach Bremerhaven ziehen wird.

Ex-Ante-Quantifizierung / Fazit der Maßnahme für die Jahre 2000 bis 2002

Bei der Wiederherstellung der Flächen auf dem Gelände des ehemaligen Bremer Vulkan werden 3,5 ha hochwertiger Gewerbefläche dem Markt zugeführt. Um die Größenordnung des mit Ziel-2-Mitteln finanzierten Projektes zu verdeutlichen sei gesagt, dass die Gesamtfläche des Erschließungsprojektes 47,6 ha brutto (41,6 ha netto) umfasst. Der Abschluss der Erschließungsarbeiten an der Ziel-2-geförderten Fläche ist für Ende 2003 vorgesehen.

Da noch kein Projekt abgeschlossen ist, werden Wirkungen erst zu einem späteren Zeitpunkt ermittelt werden können.

Schwerpunkt 4: Städtische Problemgebiete

Von insgesamt 16.975.656 € sind bis zum 31.12.2002 4.692.384 € (28%) gebunden und 1.527.944 € (9%) ausgezahlt worden. Die Mittelbindung fällt vollständig in den Berichtszeitraum vom 01.01.2002 bis 31.12.2002, ausgezahlt wurden 1.516.709 €.

Maßnahme 4.1: Belebung wirtschaftlicher Aktivitäten (352)

Für diese Maßnahme stehen insgesamt 10.117.767 € zur Verfügung. Im Jahr 2002 wurden 464.000 € gebunden. Auszahlungen erfolgten nicht.

Die Umsetzung der für diese Maßnahme geplanten Projekte gestaltet sich auf Grund von offenen Eigentumsfragen und der notwendigen Bereitstellung von Ausweichflächen für Anlieger schwierig. In Folge dessen wurde die Projektplanung überarbeitet. Im Hinblick auf die teilweise notwendige, aber noch nicht abgeschlossener städtebaulicher Planung ist ein erheblicher Planungsvorlauf erforderlich. Aktuell sind 5 Projekte in der Planung, von denen eines, das Stadtteilmarketing / -management⁶ sich seit Anfang 2003 in der Umsetzung befindet. Bei den anderen Projekten handelt es sich um die Erschließung einer Gewerbefläche in Hemelingen (Am Saal), die Gestaltung der „Neuen Ortsmitte Schlegstraße“, die Aufwertung und Entwicklung der Bereiche Hemelinger Bahnhofstraße und Osenbrückstraße sowie die Erweiterung des Bürgerhauses.

Des weiteren wurde mit der Bremer "GEWOBA – Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen" ein Projektträgervertrag geschlossen. Die mit dem Projektträgervertrag übertragenen Aufgaben beinhalten wesentliche Tätigkeiten der weiteren konkreten Projektentwicklung.

Ex-Ante-Quantifizierung / Fazit der Maßnahme für die Jahre 2000 - 2002

Sind die angestrebten Projekte in der Umsetzung, dann wird die Ex-ante-Quantifizierung von 5 Förderfällen erreicht. Angaben zu den Wirkungen sind angesichts der frühen Projektphasen noch unzulässig.

⁶ Das Stadtteilmanagement Hemelingen wurde als Projekt des Monats vorgestellt. Die Projektbeschreibung steht auf der Website www.europa-bremen.de/efre.

Maßnahme 4.2: Quartiersentwicklung (36)

Insgesamt stehen 2.614.050 € für diese Maßnahme zur Verfügung.

In dieser Maßnahme sollen 2 Projekte umgesetzt werden: ein Quartierszentrum sowie ein Spiel- und Sportpark.

Das Quartierszentrum soll eine Gesundheitsberatungsstelle, ein Café (als Beschäftigungsprojekt) und ein Spielhaus beinhalten. Darüberhinaus sind Sitzungs-, Sozial- und Büroräume geplant. Die Nutzfläche des Zentrums beträgt 760 m². Für das Quartierszentrum wurde Ende 2001 ein Planungsauftrag vergeben. Die Beschlussfassung in sämtlichen Gremien wurde im Frühjahr 2003 abgeschlossen, der Baubeginn soll im Herbst 2003 sein.

Für den Spiel- und Sportpark wurde im Herbst 2002 eine Konzeptstudie vorgelegt. Als Konzept für den Spiel- und Sportpark wird eine Mischung aus klassischen und Trendsportarten vorgeschlagen.

Angeboten werden sollten eine Kletter-Halle für Indoor-Climbing, ein Hochseil-Parcour, Spielfelder für Fußball, Basketball, Streetball sowie eine Skaterbahn. Betreiber des Spiel- und Sportparks soll ein gemeinnütziger Verein sein.

Die Vorlage einer Machbarkeitsstudie ist für Mitte 2003 vorgesehen.

Ex-Ante-Quantifizierung / Fazit der Maßnahme für die Jahre 2000 bis 2002

Bezüglich der Wirkungen dieser Maßnahme ist derzeit keine Aussage zu treffen. Die ex ante quantifizierten 2 Entwicklungsvorhaben befinden sich noch im Planungsstadium.

Maßnahme 4.3: Belebung zentraler Plätze (352)

Diese Maßnahme wird in Bremerhaven durchgeführt und weist insgesamt ein Mittelvolumen von 4.243.930 € auf. Im Jahr 2002 wurden 4.228.384 € (100%) gebunden und 1.516.709 € (36%) ausgezahlt.

Es handelt sich hierbei um ein Projekt zur Planung und Umgestaltung des Marktplatzes im Ortsteil Geestendorf, das sich in folgende Einzelvorhaben aufteilt:

Nachfolgend eine Aufstellung der unter dem Projekt „Geestendorf“ durchgeführten 9 Einzelvorhaben.

- Neugestaltung Platzfläche
- Neugestaltung Neumarkt-/Bülkenstraße
- Sanierung und Umbau Wasserturm
- Umwandlungsprogramm Erdgeschosszonen
- Wertstoffsammelanlage unterirdisch
- Standortmarketing
- Kriminalprävention
- Zeit- und Kostencontrolling
- Öffentlichkeitsarbeit

Ex-ante-Quantifizierung / Fazit der Maßnahme für die Jahre 2000 bis 2002

Der Marktplatz mit einem neuen städtebaulichen Strukturelement und einer qualitativ hochwertigen Pflasteroberfläche ist bereits zur Nutzung freigegeben. Der Umbau des Wasserturmes zu einer besonderen Gastronomie und die gestalterische und funktionelle Aufwertung der Platzrandstrassen werden im Herbst 2003 abgeschlossen sein. Damit sind gleich zu Beginn der aktuellen Ziel-2-Phase sichtbare Impulse für eine wirtschaftliche Aktivierung des Stadtteilzentrums entstanden.

Der Umbau des Marktplatzes hat dazu beigetragen, im Bereich des Wochenmarkts insgesamt 142 Arbeitsplätze, davon 72 für Frauen, zu sichern (umgerechnet auf Vollzeitäquivalente).

Im Zuge der Aufwertung von Bremerhaven Geestendorf ist ab 2004, nach Ende der baulichen Maßnahmen, mit weiteren positiven Effekten zu rechnen.

In der Folge soll diese günstige Ausgangssituation dazu beitragen, in der zweiten Hälfte des Programmzeitraumes, private Folgeinvestitionen auszulösen. Hierfür gibt es bereits Ideen und Vorschläge (u.a. ein Bauantrag für eine Baulückenschließung in der Platzrandbebauung).

Ab 2004 ist mit weiteren Wirkungen zu rechnen (z.B. Schaffung von Arbeitsplätzen durch angesiedelte Gastronomie, Gewerbe).

Technische Hilfe

Von der Technischen Hilfe (insgesamt 4.774.404 €) sind bis Ende 2002 1.709.904 € (36%) gebunden und 268.001 € (6%) ausgezahlt worden. Auf den Berichtszeitraum vom 01.01.2002 bis zum 31.12.2002 entfallen 537.000 € an Mittelbindung und 218.464 € an Auszahlung.

Technische Unterstützung und Evaluierung (411 zu 50%, 412 zu 35 %, 415 zu 15%)

In dieser Maßnahme sind im Jahr 2002 neben der Finanzierung von Aktivitäten zum Erfahrungsaustausch und Personal zur Abwicklung des Programms zahlreiche Publizitätsmaßnahmen durchgeführt worden (siehe dazu D.4 und D.7). Weiterhin wurde die Programmierung einer Datenbank finanziert, die die neuen Anforderungen an das Programm-Monitoring sowie den elektronischen Datenaustausch mit der Kommission erfüllt.

Studien und Pilotprojekte (413 und 414 zu je 50%)

Im Jahr 2001 wurde eine Tagung zur Innovationspolitik und deren Bezug zur regionalwirtschaftlichen Entwicklung durchgeführt. Im Jahr 2002 wurden keine Projekte in diesem Bereich umgesetzt.

B.2 Operationen unter Artikel 28 III der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999

In Bremen werden die Projekte vollständig über nicht rückzahlbare Beihilfen finanziert. Rückzahlbare Beihilfen, Zinsvergütungen, Bürgschaften, Beteiligungen oder sonstige Finanzierungsformen kommen nicht zum Einsatz.

B.3 Realisierung der Ziele der Querschnittsthemen

Einige Maßnahmen (z.B. 1.1, 2.2, 3.1, 3.3) sind so ausgerichtet, dass sie zur Realisierung der Querschnittsziele direkt und wesentlich beitragen. Grundsätzlich wird jedes Projekt vorab auf den möglichen Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit geprüft, auf den Innovationsgehalt und den Beitrag zum Umweltschutz.

Schließlich spiegeln sich auch in der Zusammensetzung des regionalen Begleitausschusses die Bemühungen, Querschnittsziele angemessen zu berücksichtigen und umzusetzen: Beteiligt sind u.a. Umweltschutzverbände, Organisationen zur Gleichstellung von Frauen und Arbeitnehmer- / Arbeitgeberverbände. Vom regionalen Begleitausschuss gehen in allen Phasen der Programmumsetzung wichtige Impulse zur Berücksichtigung der Querschnittsthemen aus.

Chancengleichheit

Die generelle Ausrichtung und Maßnahmen des Bremer Ziel 2 Programm fokussieren überwiegend die strukturpolitisch wichtigen Infrastrukturen. Dies impliziert grundsätzlich nur wenige Ansatzpunkte zur Verbesserung der Chancengleichheit.

Wo sich allerdings im Kontext der strukturpolitischen Ziele sinnvolle Ansätze zur Chancengleichheit verwirklichen lassen, dort greift das Bremer Ziel-2-Programm das Querschnittsziel auf und liefert einen Beitrag zur Förderung der regionalen Chancengleichheit.

So können Betriebe im Rahmen der Investitionshilfen für KMU (Maßnahme 1.1) zusätzliche Mittel erhalten, wenn sie gezielt Arbeitsplätze für Frauen schaffen. Das Volumen von 10 vergebenen sog. „Frauenboni“ in Höhe von insgesamt 65.791 € für den Zeitraum 2000 – 2002 zeigt, dass dieses Instrument direkte und positive Auswirkungen haben kann.

Durch die Beratung von Frauen bei Existenzgründung und Karriereplanung stärkt die Maßnahme 2.4 (Neue Dienstleistungen / Kohärenzprojekte) gezielt die Chancengleichheit. Hier sind mittlerweile 3 Beratungsvorhaben in der Umsetzung, die explizit Frauen ansprechen.

Erste Aussagen lassen sich - nachfolgend für den Zeitraum 01.01.2000 bis 31.12.2002 - auch zu den bislang für Frauen geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätzen machen:

	Geschaffene Arbeitsplätze (Frauen)	Gesicherte Arbeitsplätze (Frauen)	Geschaffene Arbeitsplätze gesamt	Gesicherte Arbeitsplätze gesamt
Maßnahme 1.1:	49	325	257	1.507
Maßnahme 1.2:	2	-	11	
Maßnahme 2.1:	-	-	Generell noch keine Arbeitsplatzeffekte	Generell noch keine Arbeitsplatzeffekte
Maßnahme 2.2:	7	-	42	
Maßnahme 2.3:	-	-	Noch keine Aussagen möglich	Noch keine Aussagen möglich
Maßnahme 2.4:	-	6		6
Maßnahme 3.1:	1	82	19	363
Maßnahme 3.2:	-	5	Noch keine Aussagen möglich	Noch keine Aussagen möglich
Maßnahme 3.3:	-	-	Noch keine Flächen wiederhergestellt, deshalb keine Aussage möglich	Noch keine Flächen wiederhergestellt, deshalb keine Aussage möglich
Maßnahme 4.1:	-	-	Noch keine Aussagen möglich	Noch keine Aussagen möglich
Maßnahme 4.2:	-	-	Noch keine Aussagen möglich	Noch keine Aussagen möglich
Maßnahme 4.3:	-	72*		142*
Gesamt	59	490	329	2.018

* Diese Arbeitsplätze wurden im Bereich des Wochenmarktes gesichert.

Diese Zahlen sind - vorsichtig formuliert - ein erster Hinweis darauf, dass die Maßnahmen durchaus dazu beigetragen haben, Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen und zu sichern. Dennoch ist es, wie schon gesagt, nicht oberstes strategisches Ziel direkt und kurzfristig Arbeitsplätze zu schaffen sondern vielmehr soll die Wirtschaftskraft der Region nachhaltig gestärkt werden, um langfristig die Voraussetzungen für eine positive Arbeitsmarktentwicklung zu schaffen. Chancengleichheit geht zudem über das direkte Schaffen von Frauenarbeitsplätzen hinaus und meint u.a. auch die Verbesserung der (persönlichen) Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt. In diesem Sinne leistet das Bremer Ziel-2-Programm mit den geschaffenen Beratungs-, Qualifi-

zierung- und Existenzgründungsangeboten für Frauen einen potenziell wirksamen Beitrag zur Chancengleichheit.

Umweltschutz

Umweltschutz ist nicht nur als Querschnittsziel im Bremer Ziel-2-Programm verankert sondern auch als strukturpolitisches Ziel. Im Schwerpunkt 3 (Umweltschutz und Flächenwiederherstellung) trägt die Maßnahme 3.1 durch die Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken (PFAU) gezielt zu positiven Umweltwirkungen bei. Ziel ist neben direkten positiven Umwelteffekten der Aufbau, Erhalt und Transfer des regionalen Know-hows.

In diesem Sinne sind auch die drei umweltorientierten Transfer- und Beratungseinrichtungen aufgestellt, die eine Förderung unter der Maßnahme „Infrastruktureinrichtungen im Umweltbereich“ (Maßnahme 3.2) erhalten.

Im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung (Maßnahme 1.1) können Unternehmen sogenannte „Umweltboni“ beantragen. Hier wurden im Rahmen der Ziel-2-Förderung bis Ende 2002 insgesamt zwei dieser „Umweltboni“ vergeben.

Mittlerweile sind einige Projekte zur Wiederherstellung von Brachflächen (Maßnahme 3.3) entweder angelaufen oder stehen kurz vor der Umsetzung.

Wirkungen dieser Maßnahmen und Projekte sind – soweit bereits darstellbar - in den entsprechenden Kapiteln dargestellt.

KMU-Ausrichtung

Das Bremer Ziel-2-Programm weist in Ansatz und Konzeption eine starke KMU--Orientierung auf. Die ersten beiden Schwerpunkte „Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur“ und „Stärkung des Dienstleistungssektors“ untermauern direkt die KMU-Ausrichtung.

Die Ausrichtung der Intervention auf KMU ist ebenfalls durch die Umsetzung der Maßnahme 3.1 (PFAU) sichergestellt.

Aber auch andere Maßnahmen und Projekte kommen – oft indirekt – KMU zugute: Bei den Infrastrukturprojekten im Umweltbereich (Maßnahme 3.2) sind KMU die Zielgruppe der Transfer- und Beratungstätigkeiten. Auf wiederhergestellten Flächen (Maßnahme 3.3) werden geeignete Standorte für KMU geschaffen.

Angaben zum bisher Erreichten und zu den Wirkungen finden sich bereits in den entsprechenden Kapiteln.

Technologie-Ausrichtung

Die Technologie- und Innovationsorientierten Maßnahmen und Projekte sind weitgehend angelaufen. Vier Technologie-Infrastrukturprojekte sind in der Förderung, ebenso drei Gesellschaften, die dem Technologie-Transfer dienen (in den Maßnahmen 2.2 und 3.2).

Zusätzlich generieren innovative Vorhaben der Maßnahmen 3.1 und 3.2 einen wesentlichen Beitrag zur Technologie-Ausrichtung. Die geförderten Projekte der Maßnahme 3.1 („PFAU“) beinhalten Neuerungen auf dem Gebiet der Umwelttechnik. Die Maßnahme 3.2 (Infrastrukturprojekte im Umweltbereich) umfasst Vorhaben, die sowohl dem Transfer als auch der Entwicklung von (technologischem) Know-how dienen. Die derzeit in der Umsetzung befindlichen 5 Verbundprojekte innerhalb der Maßnahme 2.2 sind ebenfalls ausgeprägt technologieorientiert.

C. Stand der Finanziellen Abwicklung

Bei der finanziellen Abwicklung des Bremer Ziel-2-Programms ist insbesondere die Einhaltung der n+2-Regel⁷ zu beachten. Um diese einzuhalten und einen Mittelverfall zu vermeiden, müssen die in der folgenden Tabelle dargestellten Beträge jeweils bis Jahresende bei der Kommission abgefordert werden.

Aufgrund der späten Genehmigung des Ziel-2-Programms durch die Kommission wurde vereinbart, die Jahrestranche für das Jahr 2000 mit auf das Jahr 2001 zu übertragen. Der bereits von der Kommission erhaltene Vorschuss wird von der ersten Jahrestranche abgezogen. Erstmals greift die n+2-Regel im Jahr 2003.

Übersicht zur n+2-Regel

Jahrestranche	Betrag in €	Fälligkeit zum Jahresende
2000 + 2001 abzügl. Vorschuss (7% von Gesamt)	15.882.000 + 16.210.000 – 7.912.380 = 24.179.620	2003
2002	16.466.000	2004
2003	16.831.000	2005
2004	15.553.000	2006
2005	15.882.000	2007
2006	16.210.000	2008

Der Ausgabenstand per 31.12.2002 liegt bei 49.005.424,31 €, davon 24.502.712,15 € EFRE. Damit ist sichergestellt, dass die Erfüllung der n+2-Regel bezüglich der ersten Tranche gewährleistet ist.

⁷ Die "n+2-Regel" basiert auf Artikel 31 II der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 und besagt, dass die Mittel, für die bis zum Ablauf des zweiten Jahres nach dem Jahr der Mittelbindung kein zulässiger Auszahlungsantrag bei der Kommission eingegangen ist, freigegeben werden und die Beteiligung des Fonds an der Intervention (d.h. hier dem Ziel-2-Programm) automatisch gekürzt wird.

C.1 Finanzielle Abwicklung mit besonderer Bezugnahme auf die vereinbarten finanziellen Indikatoren und ihre Umsetzung

Über den Stand der finanziellen Abwicklung des Ziel-2-Programms informieren die Tabellen im Anhang. Vom gesamten Mittelvolumen in Höhe von 226.068.000 € sind bis zum 31.12.2002 **87.190.928 € (38,57%)** gebunden und **49.005.424 (21,68%)** ausgezahlt worden.

Mittelbindung und Auszahlung im Ziel-2-Programm über die Jahre

Jahr	Mittelbindung in € (EFRE + nat. Kofinz.)	Anteil an gesamt in %	Auszahlung in € (EFRE + nat. Kofinz.)	Anteil an gesamt in %
2000	40.572.040	18,0	1.529.754	0,7
2001	25.784.826	11,4	10.249.854	4,5
2002	20.834.062	9,2	37.225.816	16,5
gesamt	87.190.928	38,6	49.005.424	21,7

(Stand Tabelle: 12.06.03)

C.2 Übersicht über die von der Zahlstelle tatsächlich bescheinigten Ausgaben und die von der KOM empfangenen Zahlungen nach Maßnahmen

Im Jahr 2002 wurden erstmals Ausgaben von der Zahlstelle geprüft und bescheinigt. Die Ausgaben der Jahre 2000 und 2001 wurden im Frühjahr 2002 von der Zahlstelle geprüft und bescheinigt. Im Oktober 2002 wurde ein zweiter Zahlungsantrag gestellt.

Nachfolgend eine tabellarische Übersicht über die von der Kommission erhaltenen Mittel:

Anlass	abgefordert	erhalten
Vorschuss in Höhe von 7%	7.912.380,000	7.912.380,000
1. Zahlungsantrag vom 09.07.2002	7.484.615,855	7.484.615,800
2. Zahlungsantrag vom 24.10.2002	5.058.881,660	5.058.881,750
Summe	20.455.877,51	20.455.877,55

C.3 Vergleich der Vorausschätzungen der Zahlungsanträge mit dem tatsächlichen Mittelabfluss

Für das Jahr 2002 wurde im Jahr 2001 ein Betrag von 20.000.000 € (davon 50% EFRE) geschätzt. Im April 2002 wurde diese Vorausschätzung auf 28.000.000 € (davon 50% EFRE) korrigiert. Tatsächlich sind nach aktuellem Stand 37.225.816 € (davon 50% EFRE) im Jahr 2002 verausgabt worden. Die Ausgaben, die den beiden im Jahr 2002 gestellten Zahlungsanträgen zu Grunde liegen, beliefen sich insgesamt (EFRE plus nationaler Anteil) auf 25.086.995, 08 €. Von der Kommission wurden auf Basis der Zahlungsanträge 12.543.497,51 € erstattet.

D. Abwicklung und Begleitung des Programms, Sicherung der Qualität und Effizienz

D.1 Beschreibung des Begleitsystems, der Bewertung und Finanzkontrolle einschl. der Vorkehrungen für die Datenerfassung (kurzer Sachstandsbericht einschl. Angaben zur Partnerschaft sowie zur Tätigkeit des Begleitausschusses)

Begleitung

Die Begleitung des Bremer Ziel-2-Programms erfolgt zum einen über den **Regionalen Begleitausschuss**, der sich am 17. Mai 2001 offiziell konstituiert hat. Der Senator für Wirtschaft und Häfen führt als Verwaltungsbehörde den Vorsitz dieses Gremiums. Weitere stimmberechtigte Mitglieder sind die an der Finanzierung des Programmes beteiligten Stellen, der Senator für Arbeit sowie der Senator für Bau und Umwelt. Beratende Mitglieder sind die Europäische Kommission und das Bundesministerium für Wirtschaft. Darüber hinaus sind ein unabhängiger Umweltverband und der Bremer Frauenausschuss sowie die Wirtschafts- und Sozialpartner an der Arbeit des Regionalen Begleitausschusses beteiligt. Bereits während der Programmplanungsphase (seit Mai 1999) ist das Gremium noch vor der offiziellen Konstituierung mehrfach in dieser Zusammensetzung zusammengekommen. Im Jahr 2002 kam der Begleitausschuss zu zwei Sitzungen zusammen.

Zum anderen wurde ein **Begleitsystem** von materiellen und finanziellen Indikatoren erstellt, um über die Fortschritte und Wirkungen informieren und diese bewerten zu können. Dieses Begleitsystem wird in überarbeiteter Form Bestandteil der neuen Datenbank EFRE Plan sein.

Folgende Indikatoren werden unterschieden:

- Kontextindikatoren bilden die sozio-ökonomische Entwicklung der Förderregionen ab. Sie sind regionalwirtschaftliche Indikatoren, die Informationen über die strukturelle Entwicklung der Förderregion im Zeitraum der Umsetzung des Programms liefern sollen (z.B. Wirtschaftsdaten, Arbeitsmarktdaten).

- Hauptindikatoren bilden den Programmfortschritt ab. Sie informieren über den finanziellen Durchführungsstand und die Anzahl der Förderfälle auf Schwerpunktebene.
- Maßnahmeindikatoren bilden den Fortschritt einzelner Maßnahmen ab. Es gibt Output-, Ergebnis- und Wirkungsindikatoren. Die Outputindikatoren informieren u.a. über die Anzahl der Förderfälle. Die Ergebnisindikatoren geben Aufschluß über die unmittelbaren Wirkungen, die Wirkungsindikatoren beziehen sich auf die Wirkungen einer Maßnahme, die über das unmittelbare Ergebnis hinausgehen.

Bewertung

Ex-ante-Evaluierung

Das bremische Ziel-2-Programm 2000 – 2006 wurde parallel zur Programmerstellung von einem externen, unabhängigen Gutachter einer Ex-ante-Evaluierung unterzogen.

Halbzeitevaluierung

Zur Halbzeit der Förderperiode, spätestens bis zum 31.12.2003, muss das Programm erneut bewertet worden sein. Die wichtigsten Aufgaben und Ziele dieser Halbzeitevaluierung sind

- die Messung erster Ergebnisse der Intervention und deren Relevanz und die Verwirklichung der angestrebten Ziele (unter Berücksichtigung der Ex-ante-Bewertung);
- die Beurteilung der Verwendung der Finanzmittel und des Verlaufs der Begleitung und der Durchführung;
- Bewertungen zur Zuweisung der „Leistungsgebundenen Reserve“.

Hauptziel der Halbzeitbewertung ist es, aufgrund der ermittelten ersten Ergebnisse ggfs. Empfehlungen für Programmanpassungen zu formulieren, um dadurch die Realisierung der Interventionsziele sicherzustellen.

Die begrenzte Ausschreibung zur Halbzeitevaluierung des Bremer Ziel-2-Programms gewann das Bieterkonsortium Prognos AG (Bremen) / ZENIT GmbH (Mühlheim). Nachfolgend die Aufstellung der festgelegten Meilensteine.

Zeitplan Halbzeitevaluierung / Abwicklung mit Prognos, Zenit

Schritt	Wann?	Erfolgt?
Konsultation d. Kommission zur generellen Vorgehensweise	Jan. 02	✓
Einrichten eine Lenkungsgruppe	Feb. – März 02	✓
Ausschreibung	25.04. – 21.05.02	✓
Ablauf Angebotsfrist	21. Mai 02	✓
Prüfung der Angebote	Mai / Juni 02	✓
Gespräch mit ausgewähltem Bieter	27. Juni 02	✓
Auftragsvergabe	28. Juni 02	✓
Auftaktgespräch mit Gutachtern	11. Juni 02	✓
Vorlage des Feinkonzepts durch Prognos	15. August 02	✓
Vorlage Entwurf des Fortschrittsberichts durch Prognos	28. Oktober 02	✓
Vorlage des Fortschrittsberichts durch Prognos	20. Dezember 02	✓
Vorlage des überarbeiteten Fortschrittsberichts durch Prognos	14. Februar 03	✓
Vorlage des Berichtsentwurfs durch Prognos	28. April 03	✓
Vorlage Schlussentwurf des Endberichts durch Prognos	31. Juli 03	
Weiterleitung des Berichtsentwurfes an Begleitausschuss	August 03	
Vorlage abgabefähiger Endbericht durch Prognos	15. Sept. 03	
Einreichen des Endberichts bei der Kommission	Oktober 03	

Lenkungsgruppe zur Halbzeitevaluierung

Die zur Begleitung der Halbzeitevaluierung eingerichtete Lenkungsgruppe setzt sich zusammen aus Vertretern der Verwaltungsbehörde, Fachreferaten, der EU-Kommission und externen Sachverständigen. Nachfolgend eine Aufstellung der Sitzungstermine:

Sitzungen der Lenkungsgruppe

1. Sitzung der Lenkungsgruppe	19. April 02	✓ Konstituierende Sitzung, Vorbereitung der Ausschreibung
2. Sitzung der Lenkungsgruppe	21. Juni 02	✓ Diskussion und Bewertung der eingegangenen Angebote
3. Sitzung der Lenkungsgruppe	02. Oktober 02	✓ Diskussion und Bewertung des Feinkonzeptes
4. Sitzung der Lenkungsgruppe	15. November 02	✓ Diskussion und Bewertung des Fortschrittsberichts (Entwurf)
5. Sitzung der Lenkungsgruppe	16 Mai 03	✓ Diskussion des Entwurfs des Endberichts
6. Sitzung der Lenkungsgruppe	15. Juli 03	

Finanzkontrolle

Hier sei auf die Mitteilung nach Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 438/2001 verwiesen. Das darin beschriebene System wurde im Jahr 2001 eingerichtet und ist funktionsfähig. Kontrollen der Unabhängigen Stelle wurden im Jahr 2002 nicht durchgeführt, da die Unabhängige Stelle bis zum Frühjahr 2003 mit den Kontrollen der Programme der Periode 1994 – 1999 vollständig ausgelastet war.

Datenerfassung

Im Verlauf des Jahres 2002 stellte sich heraus, dass der von Sachsen-Anhalt entwickelte efREporter erst nach aufwändigen Anpassungen und vor allem nach erheblich längerer Frist als ursprünglich angenommen (mittlerweile wird vom Frühjahr 2003 ausgegangen) für andere Bundesländer einsatzbereit ist. Auf dieser Grundlage hat Bremen im Sommer 2002 entschieden, die als Zwischenlösung geplante Datenbank EFRE Plan zu einer vollwertigen und eigenständigen Datenbank zu erweitern. Nach einer begrenzten Ausschreibung wurde im Dezember 2002 der Auftrag vergeben. Es ist geplant, die Arbeiten an der Datenbank bis Ende Mai 2003 abzuschließen.

Im Folgenden ein kurzer Überblick über den EFRE Plan:

Projektverwaltung:

Der EFRE Plan verwaltet die einzelnen Projekte mit den Bewilligungs- und Zahldaten sowie den weiteren Projektinformationen (Wer ist fachlich zuständig, Kurzbeschreibung des Projektes, etc.). Die Schreibberechtigung liegt bei der Verwaltungsbehörde. Der EFRE Plan hat folgende Berichtsmöglichkeiten:

- Bericht über Mittelbindungen und Zahlungen auf Maßnahme-Ebene für einen frei wählbaren Berichtszeitraum sowie über die Gesamtlaufzeit summiert,
- Bericht für Jährlichen Durchführungsbericht,
- Bericht für Zahlungsantrag bei der Europäischen Kommission,
- Bericht Finanztabelle Ergänzungsdokument,
- Bericht zur Vorausschätzung,
- Bericht Bewilligungen/Zahlungen in den einzelnen Jahren auf Maßnahme- oder Schwerpunkt-Ebene,
- Bericht Aufteilung der Projekte nach Bremen und Bremerhaven,
- Bericht Projekte nach fachlicher Zuständigkeit der zwischengeschalteten Stellen.

Evaluierung (Monitoring bezüglich der jährlichen Indikatoren zur Erfassung des Umsetzungsstandes einzelner Projekte):

Die Indikatoren wurden für jede Maßnahme definiert und werden jährlich auf Projekt-Ebene erfasst: Eine Auswertung in Form eines Berichtes erfolgt auf Projekt- und Maßnahme-Ebene. Die Schreibberechtigung liegt bei der Verwaltungsbehörde. Eine Auswertung der Daten auf Maßnahme-Ebene wird als Bericht erzeugt.

Zahlungsverwaltung:

Hier soll die Zahlstelle die für die Zahlungsanträge erforderlichen Prüfungen und Berichte vornehmen und erstellen lassen können. Schreibberechtigung hat alleine die Zahlstelle.

Prüfung durch die Unabhängige Stelle:

Die Unabhängige Stelle hat das alleinige Schreibrecht und kann die für sie relevanten Informationen in die Datenbank eingeben, dort verwalten und Berichte erstellen.

Der EFRE Plan ist bei folgenden Stellen installiert: Verwaltungsbehörde, Unabhängige Stelle, Zahlstelle, Haushalt. Sämtliche Nutzer haben die Leserechte für alle Bereiche, dazu gehört auch die Erstellung und der Ausdruck von Berichten. Schreibrechte haben nur die fachlich zuständigen Stellen (s.o.). Jeder Nutzer kann somit auf alle Informationen der gesamten Datenbank zurückgreifen und jeden Bereich einsehen.

D.2 Probleme und Lösungen bei der Begleitung und Verwaltung der Intervention

Etwaige Probleme haben sich bisher bei der Begleitung und Verwaltung des Bremer Ziel-2-Programms 2000 – 2006 nicht gezeigt.

Dennoch ist die in einigen Bereichen bestehende Unsicherheit, wie die Vorgaben der EU umzusetzen sind, für die Abwicklung der Intervention problematisch. Insbesondere sind hier zu nennen:

- Einnahmenschaffende Investitionen

Im Sommer 2002 wurde von der Bremer Ziel-2-Verwaltungsbehörde ein Schreiben an die Kommission geschickt, in dem verschiedene Möglichkeiten der Umsetzung der Vorgaben dargestellt wurden. In dem Schreiben wurde konkret ein Vorschlag gemacht, wie die Vorgaben innerhalb des Bremer Ziel-2-Programms umgesetzt werden sollen, mit der Bitte um Prüfung und Zustimmung. Dieses Schreiben wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit noch einmal förmlich erst Mitte Januar 2003 an die Kommission weitergeleitet. Eine Rückäußerung der Kommission ist bislang nicht erfolgt (Stand: April 2003). In der Konsequenz kann die Verwaltungsbehörde in solchen Fällen den fachlich zuständigen Stellen für die Projektumsetzung keine planerische Sicherheit bieten.

D.3 Unregelmäßigkeiten

Im Ziel-2-Programm wurde im Berichtsjahr 2002 folgende Unregelmäßigkeit gemeldet:

Maßnahme	wiedereinzuziehender Betrag	EFRE-Anteil	Meldung Nr.	Verfahrensstand
1.1	26.553,93 €	13.276,96 €	DE / 02 / 079 / FD / 0	Widerrufsbescheid ergangen

D.4 Inanspruchnahme der Technischen Hilfe

Im Jahr 2002 sind Mittel aus der Technischen Hilfe in Anspruch vor allem für Publizitätsmaßnahmen in Anspruch genommen worden. Zu den Publizitätsmaßnahmen im Einzelnen siehe D.7. Darüber hinaus wurden auch Personalkosten aus der Technischen Hilfe gezahlt, die aus der Umsetzung des Programms resultieren (Unabhängige Stelle, Prüfaufgaben im Zusammenhang mit der Zahlstelle, Sachbearbeitung für die Abwicklung des Programms, u.a. Führung des Sekretariats für den Ziel-2-Begleitausschuss). Weitere Mittel der Technischen Hilfe wurden für Erfahrungsaustausch, die Programmierung der Datenbank EFRE Plan sowie die Halbzeitevaluierung des Ziel-2-Programms verwendet.

D.5 Programmanpassungen

Im Februar 2002 wurde ein Änderungsantrag bei der Kommission gestellt, der die Aufnahme einer weiteren Beihilferegelung in das Ziel-2-Programm betraf (siehe auch B.1, Maßnahmen 2.1 und 2.2). Die Kommission genehmigte mit Entscheidung K(2002) 1656 vom 19.06.2002 die Änderung. Die Beihilferegelung Nr. 709/01 mit dem Titel "Förderung von Forschung und Entwicklung im Rahmen des deutschen Raumfahrtprogramms" (notifiziert mit Schreiben vom 11.10.2001 und mit Beschluss vom 09.04.2002 genehmigt) wurde damit genehmigte Beihilferegelung für das Bre-

mer Ziel-2-Programm 2000 – 2006. Weitere Konsequenz war eine Mittelumschichtung zwischen den Maßnahmen 2.1 und 2.2.

D.6 Indikatoren zur Zuweisung der leistungsgebundenen Reserve

Nachfolgende Angaben zum Realisierungsgrad der Leistungsgebundenen Reserve umfassen die Jahre 2000, 2001 und 2002. Auf eine Hochrechnung, wie zum Ende des Jahres 2003 voraussichtlich die Kriterien zur Zuweisung der Reserve erreicht worden sind, wird hier verzichtet. In den meisten Fällen übererfüllt die Bremer Ziel-2-Umsetzung bereits jetzt die Kriterien zu mehr als 75 %.

Wirksamkeitskriterien

Schwerpunkt 1: Finanzierungshilfen für KMU

Indikator	Ziel	Realisierung
Neu geschaffene Arbeitsplätze	250	257
Gesicherte Arbeitsplätze	1.000	1.506
Zahl der Existenzgründungen	12	4

Das Projekt zur Förderung von Existenzgründungen konnte bis einschließlich des Jahres 2001 aus dem vorherigen Ziel 2 Programm (Phase IV) finanziert werden. Somit sind die 4 realisierten Existenzgründungen allein dem Jahr 2002 zuzurechnen. Hier handelt es sich also nicht um eine eingeschränkte Wirksamkeit der Maßnahme.

Schwerpunkt 2: Stärkung des Dienstleistungssektors

Indikator	Ziel	Realisiert
Neu geschaffene Arbeitsplätze	80	102
Gesicherte Arbeitsplätze	10	Allein durch die Förderung der Gründerzentren ist sicher davon auszugehen, dass weit mehr als die anvisierten 10 Arbeitsplätze gesichert werden konnten. 147 Arbeitsplätze konnten bislang in 2 Gründerzentren gesichert werden BRIG Bremerhaven: 140 Gründerzentrum Airport, Bremen: 7
Unternehmen, die über Kooperationsprojekte ihre Wettbewerbsfähigkeit gesteigert haben	4	5 dieser sogenannten Verbundprojekte mit Kooperationspartnern sind derzeit in der Umsetzung. An all diesen Vorhaben sind KMU beteiligt.

Schwerpunkt 3: Umweltschutz, Flächenwiederherstellung

Indikator	Ziel	Realisiert
Projekte mit direkten Umwelteffekten auf betrieblicher Ebene	25 Projekte	31
Revitalisierte/geschaffene Gewerbefläche in ha	10 ha	Ein Flächenvolumen von 4,7 ha befindet sich derzeit in der Erschließung, weitere sind geplant.
Neu geschaffene Arbeitsplätze	10 (nur für Maßnahme 3.1)	19
Gesicherte Arbeitsplätze	10 (nur für Maßnahme 3.1)	(363) Grundsätzlich geben Unternehmen bei einer Förderung die komplette Mitarbeiterzahl als gesicherte Arbeitsplätze an (wie auch bei Maßnahme 1.1). Die oben genannte Zahl ist bereits um Mehrfachnennungen bereinigt. Bei der Quantifizierung des Indikators für die Zuweisung der leistungsgebundenen Reserve wurde wahrscheinlich ein zu niedriger Wert angesetzt.

Direkte Umwelteffekte auf betrieblicher Ebene sind zu diesem frühen Zeitpunkt nicht sinnvoll zu ermitteln. Die 31 Projekte in Maßnahme 3.1. zielen alle auf betriebliche Verbesserungen ab, sind aber von der Marktakzeptanz abhängig. Diese zeigt sich i.d.R. jedoch erst nach Abschluss der Projekte. Zu Verbesserungen auf betrieblicher Ebene kann ebenfalls das „Kompetenz- und Koordinationszentrums "Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen (ProNaro)“ beitragen.

Die Zahl von 25 Projekten mit direkten Umwelteffekten auf betrieblicher Ebene kann hier also nicht „hart“ nachgewiesen werden. Es ist jedoch angesichts der hohen Projektanzahl mit Transfer- und Anwendungshintergrund durchaus plausibel anzunehmen, dass mindestens 25 der bereits begonnenen Vorhaben zu Umweltverbessere-

rungen auf betrieblicher Ebene beitragen werden. Sollten die Wirkungen auf betrieblicher Ebene auch später als im Ergänzungsdokument antizipiert eintreffen, so wurden jedoch die Voraussetzungen dafür in den hier relevanten ersten 3 Jahren der Umsetzung geschaffen.

Schwerpunkt 4: Städtische Problemgebiete

Indikator	Ziel	Realisiert
Indirekt geschaffene / gesicherte Arbeitsplätze im Ortsteil	100	147 (gesichert)
Aufgewertete Flächen im Ortsteil in ha	2,5 ha	0,9

Im Zuge der Aufwertung des Konrad-Adenauer-Platzes in Bremerhaven-Geestendorf konnten bereits (auf Vollzeit umgerechnete) 147 Arbeitsplätze gesichert werden. Weitere Effekte stellen sich naturgemäß erst nach Abschluss der Maßnahmen ein, wenn die Gebiete sichtbar und erlebbar aufgewertet sind.

Die quantifizierten 2,5 ha Flächen stehen in diesem Schwerpunkt noch nicht komplett zur Verfügung. Sie befinden sich in der Realisierung (9.200 m² sind 2002 beim Konrad Adenauer Platz umgestaltet worden).

Fazit

Überwiegend sind die Wirksamkeitskriterien zur Zuweisung der Leistungsgebundenen Reserve bereits mit dem derzeitigen Stand der Umsetzung erreicht oder übertroffen. In Fällen wo die Kriterien für die Zuweisung mit dem derzeitigen Stand der Umsetzung nicht ganz erreicht werden konnten, sind die Hintergründe dafür erläutert.

Verwaltungskriterien

Qualität des Begleitsystems

Sämtliche Maßnahmen des Ziel-2-Programms sind durch ein Begleitsystem (Indikatoren) abgedeckt.

Qualität der Finanzkontrolle

Bisher wurden keine Kontrollen bei Projekten des Programms durchgeführt, das Ziel, mindestens eine 5-prozentige Kontrolle der gesamten zuschussfähigen Ausgaben nach Artikel 10 der Verordnung (EG) Nr. 438/2001 zu erreichen, bleibt davon unberührt.

Qualität der Projektauswahl

Die Projekte werden nach den in der Ergänzung zur Programmplanung definierten Auswahlkriterien geprüft und ausgewählt. Dazu wurden Checklisten zur Überprüfung und Einhaltung der Auswahlkriterien von der Verwaltungsbehörde entwickelt. Diese maßnahmespezifischen Checklisten werden von den zwischengeschalteten Stellen ausgefüllt und mit den Unterlagen zur Antragsprüfung bei der Verwaltungsbehörde eingereicht.

Finanzkriterien

Es ist davon auszugehen, dass die genehmigten Mittel zu 100% fristgerecht gebunden und verausgabt werden, so dass die Jahrestanchen der Jahre 2000 und 2001 bis Ende 2003 komplett verausgabt sind.

Abzüglich des Vorschusses müssen bis Ende 2003 laut der n+2-Regel insgesamt 24.179.620 € bei der Kommission abgefordert werden. Bisher wurden 12.543.497,51 € bei der Kommission abgefordert (erhalten: 12.543.497,51 €, Stand März 2003). Die n+2-Regel wird für die ersten beiden Jahrestanchen erfüllt (s. C.2).

D.7 Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Information und Publizität

Entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 wurde mit der Ergänzung zur Programmplanung ein Kommunikationsaktionsplan vorgelegt, in dem Ziele, die Zielgruppen sowie die konkreten Maßnahmen zur Information und Öffentlichkeitsarbeit beschrieben wurden.

Für das Jahr 2002 sind insbesondere folgende Maßnahmen des Kommunikationsplans zu nennen:

- Seit Januar 2002 wird das Projekt des Monats veröffentlicht. Seitdem wird jeden Monat eine kurze Beschreibung eines EFRE-geförderten Projektes der Periode 1994 - 1999 mit Bild und weiteren Kontaktpartnern wurde an den Regionalen Begleitausschuss, an die Europäische Kommission, an Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministerium, Bremer Einrichtungen und sonstige Interessierte gemailt. Das Projekt des Monats wird ebenfalls auf der Website veröffentlicht und erscheint in den "EU-Informationen", einer Publikation des Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit.
- Die Website www.europa-bremen.de/efre wurde kontinuierlich mit Inhalten gefüllt und enthält sämtliche gedruckten Dokumente als pdf-Datei. Im Jahr 2002 wurden 65.620 Zugriffe auf die Website registriert.

Ein wesentlicher Schwerpunkt im Jahr 2002 war die Information der zwischengeschalteten Stellen. Hier ist insbesondere zu nennen:

- Entwicklung von Checklisten zur Anwendung der Auswahlkriterien, die über die Möglichkeit der Realisierung der Querschnittsziele bei einem Projekt informieren sollen.
- Entwicklung von Prüfchecklisten für die Abwicklung eines Projektes von der Antragstellung über Bewilligung, Mittelabforderungen, Prüfung bis hin zur Abrechnung des Projektes. Diese Checklisten sind eine Empfehlung der Unabhängigen Stelle auf der Grundlage der Prüfungsergebnisse gewesen.
- Entwicklung von Vordrucken als Hilfestellung bei Mittelabforderungen durch die Endbegünstigten.

- Entwicklung einer speziellen EU-Anlage für Bewilligungsbescheide, in der sämtliche EU-spezifischen Anforderungen für den Endempfänger aufgelistet sind.

Darüber hinaus sind noch zu verzeichnen:

- Schriftliche Kurzinformationen für die allgemeine Öffentlichkeit (Kurzversion des Ziel-2-Programms, Broschüren, Falblätter) über die EU-Programme und EU-geförderte Projekte;
- Beantwortung individueller Anfragen von Bürgern, interessierten Stellen und dem Bremischen Landesparlament bzw. seiner Ausschüsse;
- Pressemitteilungen zu laufenden EU-geförderten Projekten;
- Durchführung diverser Vortragsveranstaltungen für Unternehmen und andere Interessierte über die Fördermöglichkeiten durch die Europäischen Strukturfonds, insbesondere durch das Ziel-2-Programm 2000 – 2006 sowie die Gemeinschaftsinitiative URBAN II in Bremen und Bremerhaven, u.a. in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven sowie der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH;
- Vorträge über die „EU-Strukturförderung in Bremen und Bremerhaven“ für Besuchergruppen (z.B. Besuch der für Bremerhaven zuständigen Europa-Abgeordneten, Vortragsreihe für Bremer Arbeitnehmer)
- Projektbesichtigungen: Im Frühsommer 2002 hat die Verwaltungsbehörde mit Vertretern der Europäischen Kommission und des Bundeswirtschaftsministeriums anlässlich der Begleitausschuss-Sitzung das DesignLabor in Bremerhaven besucht, ein Projekt der Maßnahme 2.4. Im Dezember 2002 haben Verwaltungsbehörde, Unabhängige Stelle und Zahlstelle das Gründerzentrum Airport besucht, ein Projekt der Maßnahme 2.2.

E. Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der anderen Gemeinschaftspolitiken einschl. Angaben zum integrierten Einsatz der Fonds

Bei der Anlage der EU-Programme wie auch der Landesprogramme insgesamt wird den Grundsätzen der Komplementarität (zu anderen EU-Strukturfonds bzw. Zielprogrammen, Initiativen und Aktionsprogrammen sowie den Interventionen der EIB) und

der Beachtung gemeinschaftlicher Politiken (vor allem in den Bereichen Wettbewerb, Umweltschutz, Beschäftigung und Chancengleichheit) Rechnung getragen.

Gegenstand wettbewerbsrechtlicher Genehmigungsverfahren für staatliche Beihilfen im Rahmen des Ziel-2-Programmes waren der 28. Rahmenplan und das Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) (Nr. C 47/99 vom 12.04.2000 und Nr. 209/99 vom 02.08.2000), das Landesinvestitionsförderprogramm (LIP; N 543/99 vom 05.05.2000), das Landesprogramm „Arbeit und Technik“ (N 132/2000 vom 16.11.2000), die Genehmigung der Kompetenzzentren/Berufsbegleitende Qualifizierungen/Know-How-Transfer (N 133/2000) und das Programm zur Förderung angewandter Umwelttechnologien (PFAU; N 542/99 vom 20.03.2000).

Für den Anfang 2002 gestellten Änderungsantrag ist die am 09.04.2002 entschiedene Beihilfe N 709/01 relevant, die Beihilfen für Unternehmen im Bereich der FuE-Förderung im Rahmen des deutschen Raumfahrtprogramms regelt.

Bei der Durchführung des Programms wird dem Aspekt des **Umweltschutzes** umfassend Rechnung getragen. Der Umweltschutzgedanke wird als Querschnittsziel in allen Programmteilen verankert und darüber hinaus als Zwischenziel „Förderung des Umweltschutzes und des Aspekts der Nachhaltigkeit“ besonders hervorgehoben. Der schonende Umgang mit Ressourcen findet seinen Ausdruck vor allem in der Tatsache, dass im Rahmen des Programms ausschließlich vorhandene Brachflächen für Unternehmensansiedlungen hergerichtet und erschlossen werden. Gezielt sollen vor allem KMU bei der Implementierung neuer Umwelttechniken über das Landesprogramm PFAU unterstützt werden. Für die Auswahl der Projekte des Programms werden übergreifende Kriterien definiert, die den Aspekten des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit in geeigneter Weise Rechnung tragen.

Die Aspekte **Beschäftigung und Chancengleichheit** spielen vorrangig im Bereich des Europäischen Sozialfonds eine Rolle und wirken über die wechselseitige flankierung auch auf die Ziel-2-Förderung, spiegeln sich vom Ansatz her aber auch in einigen EFRE-geförderten Maßnahmen wieder, insbesondere dem „Kohärenzfonds“.

Der Förderung der Chancengleichheit kommt bei der Durchführung des Programms besonderer Stellenwert zu, in dem der Ansatz des „gender-mainstreaming“ als Querschnittsziel in der Strategie verankert wurde und damit im Prinzip für alle Maßnahmen Anwendung findet. Bei der Auswahl der Operationen sind geeignete Kriterien definiert worden, die dem Chancengleichheitsaspekt Rechnung tragen. Für das Mo-

monitoring und die Evaluierung werden gesonderte Indikatoren bestimmt, die die Effekte der Förderung nachweisen, vor allem in Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen. Nach einer ex-ante Einschätzung sind insgesamt positive Effekte für die Gleichstellung von Frauen und Männern durch das Programm zu erwarten, insbesondere durch die Förderung des Dienstleistungssektors in der Region.

F. Stand der Durchführung und der finanziellen Abwicklung von Großprojekten

Im Rahmen des Bremer Ziel-2-Programms 2000 – 2006 werden keine Großprojekte umgesetzt.

Anlage 1

Finanztabelle* für den jährlichen Durchführungsbericht / den Schlußbericht, aufgeschlüsselt nach Schwerpunkten und MaßnahmenReferenznummer der Kommission für das entsprechende OP bzw. EPPD: 2000 DE 16 2 DO 009

Titel: Ziel 2 Programm Land Bremen (2000 - 2006)

Jahr: 2002

(in Euro)

Schwerpunkte/Maßnahme	Ingesamt***	Ingesamt getätigte zuschußfähige und bescheinigte Ausgaben	% der zuschußfähigen Kosten	Sonstige****	Interventionsbereich**
Divers. d. Wirtschaftsstruktur	19.628.102,00	2.136.704,30	10,89		
KMU	16.975.635,00	2.136.704,30	12,59		161(100%)
Innov. Existenzgründungen	2.652.467,00	0,00	0,00		163(100%)
Stärkung des Dienstleistungssektors	128.457.976,00	25.324.186,29	19,71		
Informationsgesellschaft	32.762.654,00	0,00	0,00		322(100%)
Technologie	43.097.246,00	10.810.083,90	25,08		182(100%)
Fremdenverkehr	31.908.930,00	12.015.546,21	37,66		171(100%)
Neue DL/Kohärenz	20.689.146,00	2.498.556,18	12,08		163(100%)
Umwelt/Flächen	56.231.862,00	8.029.752,74	14,28		
PFAU	8.487.890,00	531.052,50	6,26		162(100%)
Infrastrukturprojekte	5.304.886,00	116.484,35	2,20		163(100%)
Flächen	42.439.086,00	7.382.215,89	17,39		351(100%)
Städtische Problemgebiete	16.975.656,00	1.516.708,81	8,93		
Wirtschaftliche Aktivitäten	10.117.676,00	0,00	0,00		352(100%)
Quartiersentwicklung	2.614.050,00	0,00	0,00		36(100%)
Belebung zentraler Plätze	4.243.930,00	1.516.708,81	35,74		352(100%)
Technische Hilfe	4.774.404,00	218.463,79	4,58		
Techn. Unterst., Evaluierung	2.652.450,00	216.006,05	8,14		411(50%), 412(35%), 415(15%)
Studien	2.121.954,00	2.457,74	0,12		413(50%), 414(50%)
Insgesamt					
EFRE insgesamt	226.068.000,00	37.225.815,93	16,47		
ESF insgesamt					
EAGFL insgesamt					
FIAF insgesamt					

* Vorzulegen sind eine Tabelle für das letzte volle Kalenderjahr sowie eine Tabelle mit kumulierten Beträgen bis Ende des vorangegangenen Jahres (im Fall des Schlußberichts).

** der Interventionsbereich ist für jede Maßnahme anhand der Standardklassifizierung dreistellig zu kodieren; erforderlichenfalls (bei heterogenen Maßnahmen) sind mehrere Codes mit dem jeweiligen Prozentsatz anzugeben.

*** Diese Spalte enthält die Beträge, anhand deren die Beteiligung der Fonds berechnet wird (entweder die zuschußfähigen Gesamtkosten oder die gesamten öffentlichen oder gleichgestellten zuschußfähigen Ausgaben).

**** Im Fall von Ziel 2 ist zur Information der Gesamtbetrag aus dem EAGFL-Garantie für die Maßnahmen gemäß Artikel 33 der Verordnung (EG) Nr./99 (Artikel 17 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr./99) anzugeben.

Programm des Landes Bremen, 2000 - 2006

Finanzielle Abwicklung des Programms Ziel 2 (2000 - 2006)

Mittelbindung und Zahlungen in €

Schwerpunkte/Maßnahme**	genehmigter Betrag in € für das gesamte Programm	Zeitraum von: 1.1.2002 bis: 31.12.2002				Zeitraum vom Programmbeginn bis: 31.12.2002 kumuliert			
		Mittelbindungen		Zahlungen		Mittelbindungen		Zahlungen	
		per Meldebogen	Anteil an gesamt	geleistet	Anteil an gesamt	per Meldebogen	Anteil an gesamt	geleistet	Anteil an gesamt
		in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %
Divers. d. Wirtschaftsstruktur	19.628.102,00	3.536.889,00	18,02	2.136.704,30	10,89	8.327.667,03	42,43	4.693.380,87	23,91
KMU	16.975.635,00	3.536.889,00	20,84	2.136.704,30	12,59	8.327.667,03	49,06	4.693.380,87	27,65
Innov. Existenzgründungen	2.652.467,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Stärkung des Dienstleistungssektors	128.457.976,00	7.910.507,37	6,16	25.324.186,29	19,71	56.488.968,18	43,97	34.025.466,16	26,49
Informationsgesellschaft	32.762.654,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Technologie	43.097.246,00	5.787.051,00	13,43	10.810.083,90	25,08	26.628.892,84	61,79	15.964.561,34	37,04
Fremdenverkehr	31.908.930,00	0,00	0,00	12.015.546,21	37,66	21.643.106,93	67,83	14.502.604,57	45,45
Neue DL/Kohärenz	20.689.146,00	2.123.456,37	10,26	2.498.556,18	12,08	8.216.968,41	39,72	3.558.300,25	17,20
Umwelt/Flächen	56.231.862,00	4.157.281,31	7,39	8.029.752,74	14,28	15.972.005,59	28,40	8.490.632,52	15,10
PFAU	8.487.890,00	1.383.508,31	16,30	531.052,50	6,26	2.506.352,42	29,53	900.182,17	10,61
Infrastrukturprojekte	5.304.886,00	748.590,00	14,11	116.484,35	2,20	1.183.955,04	22,32	208.234,46	3,93
Flächen	42.439.086,00	2.025.183,00	4,77	7.382.215,89	17,39	12.281.698,13	28,94	7.382.215,89	17,39
Städtische Problemgebiete	16.975.656,00	4.692.384,00	27,64	1.516.708,81	8,93	4.692.384,00	27,64	1.527.943,57	9,00
Wirtschaftliche Aktivitäten	10.117.676,00	464.000,00	4,59	0,00	0,00	464.000,00	4,59	0,00	0,00
Quartiersentwicklung	2.614.050,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Belebung zentraler Plätze	4.243.930,00	4.228.384,00	99,63	1.516.708,81	35,74	4.228.384,00	99,63	1.527.943,57	36,00
Technische Hilfe	4.774.404,00	537.000,00	11,25	218.463,79	4,58	1.709.903,58	35,81	268.001,19	5,61
Techn. Unterst., Evaluierung	2.652.450,00	537.000,00	20,25	216.006,05	8,14	1.705.813,24	64,31	265.543,45	10,01
Studien	2.121.954,00	0,00	0,00	2.457,74	0,12	4.090,34	0,19	2.457,74	0,12
Gesamt	226.068.000,00	20.834.061,68	9,22	37.225.815,93	16,47	87.190.928,38	38,57	49.005.424,31	21,68